Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig 21208. Girokasse Riesa Nr. 32.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 185. Mittwoch, 11. August 1920, abends. 73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: i. V.: H. Uhlemann, Riesa.

Fleischversorgung in der Woche vom 9. bis 15. August 1920.

Auf die Reichsfleischkarte Reihe B erhalten auf die Marken **1—10** bezw. **1—5**:

Personen über 6 Jahre bis 250 gr Rind- oder Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage;

Personen unter 6 Jahre bis 125 gr Rind- oder Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage.

Der Preis beträgt bei:

Rindfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage	Mk. 10.25	für das Pfund.
Kalbfleisch „ „ „ „ „	Mk. 10.40	

Großenhain, am 10. August 1920.

591 c V. **Die Amtshauptmannschaft.**

Maul- und Klauenseuche.

Unter dem Viehbestande des Rittergutsbesitzers **Rudolph-Promnitz** ist der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche bezirkstierärztlich festgestellt worden.

Als **Sperrbezirk** wird gemäß § 161 der Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 — Seite 83 des Gesetz- und Verordnungsblattes 1912 — die Gemeinde und der Gutsbezirk **Promnitz** festgesetzt. Als **Beobachtungsgebiet** gelten die in der Bekanntmachung vom 9. Juli 1920 — 1500 c E 1 — genannten Orte **Lessa, Moritz, Glaubitz** mit **Langenberg** und **Sageritz, Boberfen** und **Zeithain.** Für den Sperrbezirk gelten die Vorschriften in §§ 162 bis 168 und für das Beobachtungsgebiet die §§ 166 bis 168 der genannten Ausführungsvorschriften.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden, soweit nicht nach den Strafvorschriften des Viehseuchengesetzes vom 26. Juli 1909 bez. weiteren gesetzlichen Bestimmungen höhere Strafen verwirkt sind, gemäß § 57 der sächsischen Ausführungsverordnung zum Viehseuchengesetz mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Großenhain, am 9. August 1920.

1773 b E 1. **Die Amtshauptmannschaft.**

Bei Verpachtung von Obstnutzungen gelten folgende Pachtpreise je Zentner als angemessen:

Tafeläpfel und -Birnen	**M. 30.—**
Wirtschaftsäpfel und -Birnen	**„ 15.—**
Pflaumen je nach Art M. 25.— bis M. 40.—.	

Bei Vorliegen höherer Pachtpreise kann der Pachtvertrag gemäß Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 3. März 1920 Nr. 52 der Sächs. Staatszeitung durch den Kommunalverband für ungültig erklärt werden.

Unter Zugrundelegung obengenannter Pachtpreise und entsprechender Großhandelspreise müssen folgende Kleinhandelsrichtpreise je Pfund als angemessen erachtet werden:

Tafeläpfel und -Birnen M. 0.55—0.70,
Pflaumen je nach Art M. 0.50—0.70.

Bei Ueberschreitung vorstehender Preise wird der Kommunalverband im Einzelfall zu prüfen haben, ob eine strafrechtliche Verfolgung wegen Preistreiberei gemäß Verordnung vom 8. Mai 1918 — Reichsgesetzblatt Seite 395 — einzutreten hat.

Weiter wird nochmals auf die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 3. März 1920 — Nr. 52 der Sächsischen Staatszeitung — hingewiesen, wonach Pachtverträge über Obstnutzungen 5 Tage nach ihrem Abschluß unter Angabe bez. Beifügung

1. der Pachtsumme,
2. des vor der Verpachtung abzuschätzenden voraussichtlichen Ernteertrags,
3. der Pachtverträge und Pachtpreise in den Jahren 1914—1919,
4. der Zahl der tragfähigen Bäume und ihres durchschnittlichen Alters,
5. einer Bescheinigung eines am Pachtvertrage nicht beteiligten obstkundigen Dritten über die Richtigkeit der Zahl und der Altersangabe der tragfähigen Bäume, sowie eines Gutachtens über den voraussichtlichen Ernteertrag

dem Kommunalverband einzureichen sind.

Großenhain, am 11. August 1920.

109 c VI. **Der Kommunalverband.**

Mühlenöffnung.

Der Mühlenbetrieb von **Max Voigt** in **Glaubitz** wird hiermit ab 12. d. M. wieder geöffnet.

Großenhain, am 11. August 1920.

1020 b I. **Der Kommunalverband.**

Grießkartenausgabe.

Die Ausgabe der **Grießvorzugskarten** für

a) Schwangere vom Anfang des 7. Schwangerschaftsmonats an,
b) stillende Mütter bezw. Wöchnerinnen

erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bescheinigung der Hebamme bezw. des Arztes

Donnerstag, den 12. August 1920, nachm. 2—4 Uhr

im Rathaus, Lebensmittelkartenzentrale, Zimmer Nr. 15.

Der Rat der Stadt Riesa, am 10. August 1920. E.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Kaiser-Franz-Joseph-Straße Nr. 17. Tel. Nr. 40.

Offene Stellen für: 1 Bäckerlehrling von 14 bis 16 Jahren, mehrere landwirtschaftliche Dienst- und Hausmädchen mit und ohne Stallarbeit bei hohem Lohn, 1 Friseurgehilfen, 1 Knecht von 16—18 Jahren.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 11. August 1920.

—* **Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft.** Aus Berlin wird uns berichtet: Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben Verhandlungen über die Frage der Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft mit Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Konsumenten stattgefunden. Die gleiche Frage war Gegenstand eingehender Erörterungen im Unterausschuß für Ernährung und Landwirtschaft des Reichs-Wirtschaftsrates und einem Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages. Mit Rücksicht auf die günstigen Ernteaussichten haben diese Ausschüsse übereinstimmend der Reichsregierung vorgeschlagen, vom 15. September 1920 ab die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln mit der Maßgabe aufzuheben, daß die auf Grund der Verordnung vom 21. Mai abgeschlossenen Verträge bestehen bleiben und eine starke Reichsreserve zur Ueberwindung etwa während der Herbst- u. Wintermonate eintretender Notstände gebildet wird. Es ist damit zu rechnen, daß ein entsprechend vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausgearbeiteter Verordnungsentwurf Mitte August vom volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages angenommen wird, sodaß dem Handel von da ab die zur Anknüpfung seiner geschäftlichen Beziehungen erforderliche Bewegungsfreiheit gegeben und er in den Stand gesetzt ist, Kartoffeln zur Belieferung nach dem 14. September 1920 anzukaufen. Um die Preisbildung auf dem Markte für Speisekartoffeln nicht zu beunruhigen, sei schon jetzt darauf hingewiesen, daß die Kartoffeln verarbeitende Industrie, insbesondere die Brennereien, mit einer Einschränkung ihrer Betriebe zu rechnen haben werden.

—* **Aufhebung der Reichsfleischkarte.** Wie mehrere Berliner Blätter wissen wollen, wird die Reichsfleischkarte mit Wirkung vom 23. ds. Mts. ab aufgehoben und durch die Kundenliste ersetzt.

—* **Bei der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft** tritt Montag, am 16. ds. Mts. ein neuer Fahrplan in Kraft, der im Allgemeinen die bisherigen günstigen Verbindungen beibehält, sich hinsichtlich einiger Fahrten aber der vorgeschrittenen Jahreszeit mehr anpaßt. Die Fahrpläne selbst sind an den Bahn- und Dampferstationen, in den Gasthäusern usw. veröffentlicht worden, sodaß jedermann bequeme Gelegenheit hat, sich über die Fahrzeiten zu unterrichten. Monatskarten, Heftfahrscheine, Rückfahrkarten werden auch ferner ausgegeben. Bei Vereins- und Schulausflügen an Werktagen werden Ermäßigungen gewährt. Frachtgüter werden an allen Stationen angenommen und schnellstens befördert.

—* **Tarifangelegenheit.** Die „Afa", Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände, Ortskartell Riesa, schreibt uns: Am 15. Mai 1920 wurde zwischen dem Arbeitgeberschutzverband für Riesa und Umg. in Riesa und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortskartell Riesa, ein neuer Tarif für alle Angestellten im Handel, Industrie und Gewerbe, soweit sie nicht unter Spezialtarife arbeiten, abgeschlossen. Der Tarif ist vom Reichsarbeitsministerium mit Gültigkeit vom 1. April 1920 für den Amtsgerichtsbezirk Riesa für allgemein verbindlich erklärt worden. Von dieser Zeit an tritt die allgemeine Verbindlichkeit des alten Tarifvertrages außer Kraft. Wir bitten alle Angestellten, die Differenzen mit ihren Arbeitgeber haben, dieselben im Ortsbüro des Zentralverbandes der Angestellten, Bezirk Riesa, in Riesa, Goethestraße 102 (Volkshaus), 1 Treppe, in den Sprechstunden Dienstags und Freitags nachm. von 6—8 Uhr und für Werkmeister Mittwochs von 6—8 Uhr zu melden.

— **Das Wettinbundesschießen** in Annaberg nahm am Sonntag sein Ende. Das eigentliche Schießen war bereits am Sonnabend mittag 12 Uhr mit dem letzten Schuß auf die Festscheibe beendet, aber man hatte noch am Sonnabend nachmittag die Preisverteilung vorzunehmen und war zuletzt auch bei einem fröhlichen Schlußtrunk gemütlich beisammen. Die Erfolge des Annaberger Wettinbundesschießen waren jedenfalls groß, und man hatte nach langjähriger Pause sich wieder einmal nach rechter Schützenweise betätigen können. Es steht sehr wohl zu erwarten, daß die Festtage in Annaberg dazu beitragen, die Ziele der sächsischen Schützenvereinigungen aufs neue zu sichern. Die Vereinigung wird den veränderten Verhältnissen in jeder Weise Rechnung tragen und sich im wahrsten Sinne des Wortes nur sportlich betätigen, so daß die Ententemänner ohne Argwohn auf das Leben und Treiben unserer Schützen schauen dürfen.

— **Die Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens** wird am 12. und 13. September im Volkshause in Leipzig mit folgender Tagesordnung abgehalten werden: 1. Bericht des Landesvorstandes über die Organisation und Reichstagswahl. Berichterstatter: R. Lipinski. 2. Bericht der Volkskammerfraktion. Berichterstatter: Abgeordneter H. Müller. 3. Die bevorstehende Landtagswahl und Aufstellung der Kandidaten. 4. Die politische Situation im Reiche und die Organisation der U. S. P. im Reiche. 5. Anträge. 6. Wahl und Sitz des Landesvorstandes.

—* **Uebernahmepreis für Hafer alter Ernte.** Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mitteilt, ist vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nunmehr der Uebernahmepreis für den Hafer alter Ernte auf 22 Mk. festgesetzt worden. Eine Bekanntmachung im Reichsanzeiger bestimmt für die Uebergangszeit, daß alter Hafer von den Händlern aus ihren Vorräten bis zum 25. d. M. verkauft und bis zum 2. September 1920 geliefert werden darf. Unternehmer gewerblicher Betriebe dürfen Hafer früherer Ernten bis zum 15. Oktober d. J. in ihren Betrieben mit Zustimmung der Reichsgetreidestelle zu Hafererzeugnissen verarbeiten und diese absetzen.

— **Reichsviehzählung am 1. September.** Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen findet am 1. September im Deutschen Reiche eine Viehzählung statt, die sich nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministers auf Rindvieh, Schweine, Schafe und Ziegen erstreckt. Eine Zählung des Federviehs, sowie der Kaninchen findet diesmal nicht statt.

— **Die Zwangswirtschaft für Zement vorläufig aufgehoben.** Durch eine Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 27. Juli ist die Zwangsbewirtschaftung für Zement vorläufig aufgehoben worden. Freigabescheine sind bei der Bestellung von Zement nicht mehr erforderlich; auch Kalk und Ziegel sind von der Zwangsbewirtschaftung befreit.

—* **Tabellen zum Steuerabzug vom Arbeitslohn.** Die Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn wird den sozialen Forderungen in weitgehendem Maße gerecht. Aber gerade dadurch ist das neue Gesetz naturgemäß etwas komplizierter geworden, vor allem ist bei der Durchführung desselben notwendig, daß erst eine Reihe von Abzügen vom Lohne gemacht werden, ehe der betreffende in Frage kommende Abzugsprozentsatz ausgerechnet wird. Etwas umständlicher werden diese Berechnungen, sobald es sich um Lohneinkommen handelt, die unter Berücksichtigung der zulässigen Abzüge auf das Jahr umgerechnet 15000 Mark übersteigen. Alle diese Berechnungen werden überflüssig, sobald man ausgerechnete Tabellen zu Hilfe nimmt, wie sie soeben im Verlag der „Germania", Berlin, erschienen sind. Bei Benutzung dieser Tabellen braucht nur der Betrag des Tages-, Wochen- oder Monatslohnes, der nach etwaigem Abzug der Versicherungsbeiträge sich ergibt, aufgesucht zu werden, um sofort den Lohnabzug für Ledige, für Verheiratete mit oder ohne Kinder ablesen zu können. Dadurch wird vor allem für die Geschäftswelt aber auch für alle jene, die Hausangestellte oder Dienstboten beschäftigen, eine große Erleichterung erzielt.

— **Seifenpulver ohne Marken beziehbar.** Bei der Bewirtschaftung von Seife und Seifenpulver sind nunmehr die letzten Reste der Rationierung in Wegfall gekommen, indem künftighin auch Seifenpulver ohne Marken bezogen werden kann. Ebenso werden die Bezugsscheine, die bisher bei Lieferung von Seife zu industriellen und gewerblichen Zwecken eingereicht werden mußten, für die Folgezeit aufgehoben. Es bleibt lediglich zunächst noch die Bezugsscheinpflicht für das an Wäschereien und ähnliche gewerbliche Betriebe abzugebende lose Seifenpulver bestehen.

—* **Der geheimnisvolle Leutnant.** Zu der von einem großen Teil der Presse gebrachten Meldung über kommunistische Putschabsichten im Vogtland und die geheimnisvollen Umtriebe des Reichswehrleutnants v. Berger ist die Tel.-Union auf Grund von Erkundigungen an maßgebender Stelle und durch Nachfrage ihres im Vogtland tätigen Mitarbeiters bei wohl unterrichteten Persönlichkeiten in der Lage mitzuteilen: Die Nachforschungen der sächsischen Regierungsstelle nach diesem geheimnisvollen Leutnant sind bis zur Stunde ergebnislos gewesen. Das Reichswehrkommando 4 in Dresden aber hat durch die in Leipzig garnisonierende Reichswehrbrigade 19, zu deren Bezirk das Vogtland gehört, in Erfahrung gebracht, daß der angebliche Leutnant v. Berger nicht, wie von einem Teil der Presse gemeldet, Nachrichtenoffizier in Chemnitz ist, daß er vielmehr schon seit längerer Zeit den Dienst bei der Reichswehr quittiert hat. Ueber eine politische Wandlung dieses Offiziers vom Reichswehrangehörigen zum putschfreundlichen Kommunisten ist nichts bekannt. Ein Zusammenhang der „Umtriebe" v. Bergers mit der Verhaftung der 13 Kommunisten in Ebersbrunn bei Zwickau besteht nach den bisherigen Feststellungen nicht. Seltsamerweise ist den zuständigen militärischen Stellen über die Verhaftung v. Bergers in Klingenthal i. V., wo seinerzeit bekanntlich Hölz die böhmische Grenze überschritt, noch nichts Amtliches mitgeteilt worden. Kommunisten (Spartakusbund) in dem genannten vogtländischen Bezirk erklären, daß die ganze Meldung den Stempel der Unwahrheit an der Stirn trage, da 1. weder in dem ganz abseits gelegenen Sommerfrischlerort Wildenthal eine kommunistische Konferenz stattgefunden habe; 2. von einer Parole „Dr. Levi" nicht das Geringste bekannt sei; 3. eine Brandkommission gar nicht mehr existiert, geschweige denn eine Racheaktion gegen Villenbesitzer im Gange sei. Die Anhänglichkeit weiter vogtländischer Volkskreise an die von Hölz vertretene Idee sei allerdings auch heute noch groß, doch erhofft man den ersehnten Umschwung der politischen Verhältnisse nicht auf dem von Hölz seinerzeit eingeschlagenen Wege, sondern durch die Verbindung mit der siegreichen Ostmacht. Man kann nach alle dem genau wie bei den Meldungen über den Putsch in Zittau so auch hier nur bedauern, daß die Oeffentlichkeit systematisch mit aufgebauschten Meldungen

in Unruhe versetzt wird. Die Regierung sollte es sich angelegen sein lassen, solchen Sensationen aus eigenem Entschluß unverzüglich nachzuspüren und sie ebenso schnell öffentlich zu kennzeichnen. — Zu der Verhaftung des Leutnants v. Berger wird aus der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei mitgeteilt, daß die Vermutung gewisser radikaler Blätter, als ob die Regierung sich dieses mit den Spartakisten verbundenen Offiziers als Spitzel bedient oder von seinem Treiben gewußt und es geduldet hätte, völlig aus der Luft gegriffen ist. Die Regierung hat nicht nur sofort einen Polizeikommissar zur Aufklärung an Ort und Stelle beordert, sondern hat auch auf Veranlassung des Ministers des Innern den Volkskammerabgeordneten Castan mit besonderen Vollmachten ins Vogtland entsandt, damit der Vorfall auch politisch aufgeklärt werden kann.

— Der Dank der Regierung. Die sächsische Regierung hat an das Wehrkreiskommando 4 und an das Landesamt für Sicherheitspolizei Schreiben gerichtet, in denen sie ihren Dank und ihre Anerkennung für die Dienste ausspricht, die die Reichswehr und Sicherheitspolizei durch die Wiederherstellung ruhiger und geordneter Zustände im Zittauer Bezirk im gemeinsamen Handeln dem bedrohten Gebiete und der Allgemeinheit geleistet haben. In dem Schreiben heißt es u. a.: Dank und Anerkennung gelten den Kommandostellen für die tatkräftige und umsichtige Leitung; sie gelten ebenso auch den Mannschaften insbesondere für ihr ruhiges und besonnenes Verhalten, das zu dem Erfolge wesentlich beigetragen und ihnen überall die Sympathie der ordnungsliebenden Bevölkerung erworben hat.

— Die neue Ermäßigung bei der Tabaksteuer. Nach Anordnung des Reichsministers der Finanzen beträgt die Ermäßigung der Tabaksteuer für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum 31. März 1921 für Zigarren 75 v. H., für Zigaretten in den fünf höchsten Steuerklassen 50 v. H. und für feingeschnittenen Rauchtabak in den beiden obersten Steuerklassen 20 v. H. der vollen Tabaksteuersätze. Die Tabaksteuer für Zigaretten wird jedoch nicht unter den Betrag von 87 Mark für 1000 Stück, für feingeschnittenen Rauchtabak nicht unter den Betrag von 32 Mark für ein Kilogramm ermäßigt.

— Der sächsische Tischlermeistertag findet in der Zeit von Sonnabend, 21. August, bis Montag, 23. August, in Zittau statt. Er umfaßt die 3. Jahreshauptversammlung des Landeslieferungsverbandes sächsischer Tischlermeister und die 18. Hauptversammlung des Verbandes sächsischer Tischlermeister. Ein besonderer Obermeistertag soll in diesem Jahre nicht stattfinden.

Großenhain. Die im 60. Lebensjahre stehende Rosalie verw. Müller war mit ihrer Schwägerin ins Holz gefahren und gegen 3 Uhr nachmittags auf dem Heimwege begriffen. Kurz vor Stroga wurden die beiden Frauen mit ihrem Handwagen von einem Auto überholt. Frau Müller, die den Wagen zog, hat nun wahrscheinlich das Warnungssignal zu spät gehört, sie wollte schnell über die Straße auf die Seite fahren und wurde dabei vom Auto gestreift und zu Boden geworfen, wodurch sie einen Schädelbruch und andere schwere Verletzungen erlitt. Der Chauffeur, welcher beim Ausweichen beinahe selbst in den Straßengraben gefahren wäre, holte sofort ärztliche Hilfe aus Großenhain. Abends in der 6. Stunde ist Frau Müller ihren Verletzungen erlegen. Dem Chauffeur soll eine Schuld nicht beizumessen sein.

Jessen. Seit Sonntag macht sich in der Elster ein großes Fischsterben bemerkbar. Große und kleine tote Fische treiben an der Oberfläche, auch lebende große Fische, die sich leicht einfangen lassen, schwimmen stromabwärts. Welche Ursache diesem Vorkommnis zugrunde liegt, konnte bisher nicht ermittelt werden.

Sohland (Spree). Tödlich verunglückt ist am Sonntag der Gutsbesitzer August Schwaar. Er war mit dem Einfahren von Roggen beschäftigt, wobei er vom Wagen stürzte. Er fiel so unglücklich auf den Kopf, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Oberlungwitz. Vom Felde weg gestohlen wurde in der Mittagsstunde dem Verwandten eines hiesigen Gutsbesitzers eine Drillichjacke, eine grün-braun karierte Weste mit goldener Uhr und goldener Kavalierkette. Der Bestohlene hatte die Sachen am Wege Nähe des Neustädter Friedhofes in Hohnstein-Ernstthal für kurze Zeit niedergelegt.

Chemnitz. Der frühere Minister des Innern Uhlig hat den ihm angebotenen Posten eines Amtshauptmanns von Chemnitz abgelehnt. Wer nunmehr berufen wird, ist zur Stunde noch nicht bestimmt. Bekanntlich hat auch Stadtrat Dr. Markus, Chemnitz, den Posten abgelehnt.

Netzschkau i. V. Zwei Diebe und zwei Hehlerinnen sind in Treuen verhaftet worden, die bei einem Einbruch in der hiesigen Schuhfabrik für 14 000 Mark Schuhe und Leder erbeutet hatten. Die beiden Spitzbuben sind Brüder des Raubmörders Hübner in Treuen. Sie stehen in dringendem Verdacht, an weiteren Raubzügen beteiligt gewesen zu sein, bei denen zwei Eisenbahnbeamte durch Schüsse verwundet wurden, der eine tödlich.

Reichenbach i. V. Am vergangenen Sonnabend wurde hier eine Geheimschlächterei aufgedeckt und das darin vorgefundene Fleisch von 5 abgeschlachteten Hammeln beschlagnahmt.

Grimma. Drei beim Bezirksverband der Amtshauptmannschaft beschäftigte Schreibgehilfen haben Zuckermarken entwendet und damit einen schwunghaften Handel getrieben. Sie sind sofort entlassen und die Sache ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Die Verfehlungen wurden entdeckt, als in einem Geschäft in Wurzen wieder ein Zentner Zucker abgeschoben werden sollte.

Leipzig. Die Verhandlungen im Leipziger Gastwirtsgewerbe unter Vorsitz des Kreishauptmanns Lange mußten nach siebenstündiger Dauer am Dienstag-Abend 12 Uhr abgebrochen werden, sie sind auf Mittwoch abend vertagt worden. Der Gang der Verhandlungen läßt erwarten, daß die Einigung am Mittwoch noch zustande kommt, so daß die Gastwirtsangestellten die Arbeit am Donnerstag wieder aufnehmen dürften.

Leipzig. Eine Familientragödie hat sich kürzlich in einem Hause der Fabricestraße in Gohlis abgespielt. Zwischen einem dort wohnenden Ehepaar, das, seitdem der Ehemann aus jahrelanger französischer Gefangenschaft wieder heimgekehrt war, stets in Zank und Unfrieden lebte, war es am Abend zuvor wieder zu Auseinandersetzungen gekommen. Am nächsten Morgen war der Ehemann, ein 35 Jahre alter Maurer, offenbar mit dem Vorsatz aufgestanden, seine Ehefrau umzubringen. Er rief diese in die Küche, warf sie zu Boden, ergriff einen in der Nähe in einer Kiste liegenden Hammer und schlug damit auf den Kopf der unglücklichen Frau ein. Die blutüberströmte Frau sprang hilferufend auf und der Mann lief in die im Erdgeschoß liegende Wohnung seiner Schwiegereltern, schloß sich dort in eine Kammer ein und erhängte sich sofort danach an der Türverkleidung. Die Veranlassung zu den Zwistigkeiten und zu der Tat soll in anonymen Briefen zu suchen sein, die der seinerzeit in Gefangenschaft befindliche Ehemann empfing, und die seine, wie anzunehmen ist, ganz unbegründete Eifersucht aufstachelten. Die Eheleute waren 10 Jahre verheiratet und lebten früher in glücklicher Ehe; Kinder sind nicht vorhanden.

)(Leipzig. Zu der vom 15. bis 21. August stattfindenden technischen Messe und zu der allgemeinen Mustermesse vom 29. August bis zum 4. September haben sich bis jetzt 12 500 Ausstellerfirmen angemeldet. Das sind 2000 Firmen mehr als zu der entsprechenden Zeit der Frühjahrsmesse.

Die Mietsteuer.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Auf der Steuersuche hat das Reichsarbeitsministerium dem Finanzministerium Gesellschaft geleistet. Dabei ist es auf die Mietsteuer verfallen, die nun auch gleich in einer amtlichen Erklärung angekündigt wird. An sich klingt das ja alles bestechend, wenn es heißt, die Mietsteuer wolle den zuverdienten Wertzuwachs wegsteuern, um dann als Zuschuß für Neubauten zu dienen. Das heißt wieder einmal das Pferd beim Schwanze aufzäumen. Wir warten auf den Preisabbau, wir warten darauf, daß unsere Währung wieder eingerenkt wird. Aber die Regierung scheint anderer Ansicht zu sein. Sie nimmt die Geldentwertung als unabänderlich hin und baut darauf Finanzpläne, die wieder die Geldentwertung steigern müssen. Daß die Mieten und die Preise für bebaute Grundstücke noch nicht im Verhältnis zur Geldentwertung gestiegen sind, ist kein Grund, diese Steigerung zu erzwingen. Angenommen, daß die Mietsteuer Gesetz wird, daß, wie im bayrischen Vorentwurf 80 vom Hundert der Friedensmiete als Steuer erhoben werden, so ist damit noch nicht gesagt, daß sich alles andere reibungslos abwickelt. An sich reicht der Ertrag der Mietsteuer jedenfalls nicht aus, um den Baumarkt so zu beleben, daß Wohnungsbauten zu Tausenden entstehen. Nun sind die Kosten für neue Bauten außerordentlich hoch. Sie werden auch durch die Mietsteuer nicht geringer, wahrscheinlich höher werden. Aber die Kosten für die Neubauten bestimmen dann auch allgemein den Mietspreis. Mit dem Erfolg, daß die Mieten gerade wegen der Steuer unverhältnismäßig steigen. Was wir brauchen ist keine Mietsteuer, auch keine Maßregel, die Geldentwertung zu einem Dauerzustand zu machen. Immer wird an den Wirkungen, nicht an den Ursachen herumkuriert. Wer zu erträglichen Mieten, die auch Kosten und Rente der Hausbesitzer decken, gelangen will, wer ferner die Neubelebung des Baumarktes zu erreichen sucht, muß die Hindernisse ausrotten. Der Preisabbau kann nur erfolgen, wenn wir mehr Güter erzeugen, da die Güter den Tauschwert bestimmen, sodann, wenn wir die Geldzeichenschöpfung der Wirtschaft überlassen. Da wir in diesen gesegneten Verhältnissen einmal lebten, ist nicht gesagt, daß wir sie nicht wieder erreichen können. Die Mietsteuer aber gehört in die Wolfsschlucht. Sie ist eine steuerbürokratische Mißgeburt.

Zur Frage der Mietsteuer behält sich die Mehrzahl der Berliner Blätter ihre Stellungnahme vor. Die „Freiheit" und „Tägl. Rundschau" lehnen die Steuer ab. Der „Vorwärts" lehnt die Ausführungen von Veus auf dem deutschen Hausbesitzertage in Magdeburg, die mit Sozialismus nichts zu tun hätten, entschieden ab.

70 Milliarden Papiergeld.

Der neue Reichsbankausweis ist wieder ein Gefahrzeichen. Unermüdlich schleudert die Notenpresse neue Papiergeldzeichen in den Verkehr. Nicht weniger als zwei Milliarden Mark sind in der Berichtswoche an Noten und Darlehnskassenscheinen ausgegeben worden. Das wird damit begründet, daß die Notenhamsterei offenbar wieder zugenommen habe, ebenso, daß die Einbringung der Ernte starke Ansprüche stelle. Ob tatsächlich die Notenhamsterei in einem solchen Grade wieder in Aufschwung gekommen ist, daß die Notenpresse der Reichsbank Tag und Nacht arbeiten muß, läßt sich nicht nachprüfen. Es ist aber wenig wahrscheinlich, denn die Geldentwertung ist so spürbar, daß es wenig wirtschaftlichen Sinn verrät, Banknoten aufzustapeln. Wer das tut, setzt sich der Gefahr aus, eines Tages vor völlig wertlosem Druckpapier zu stehen. Nichts ist deshalb törichter, als Banknoten zu hamstern, weil es sich dabei um Gegenstände handelt, deren Wert immer mehr einschrumpft. Allein das entschuldigt das Vorfahren der Reichsbank und des Reichsfinanzministeriums nicht, immer neue Banknoten drucken zu lassen. Aus den Wochenausweisen der Reichsbank ist nicht zu ersehen, welche Summen auf neue Schatzwechsel der Regierung und welche Summen durch die Wirtschaft selbst der Reichsbank entzogen worden sind. Nun zeigt der Ausweis der Berichtswoche, daß Wechsel und Schatzanweisungen allein um 6,4 Mark zugenommen haben. Hier handelt es sich nur um Schatzscheine, da Warenwechsel kaum darunter sein dürften. Vielleicht entschließt sich die Reichsbank, in ihren Ausweisen eine Staffelung vorzunehmen, indem sie angibt, welche Notenbeträge auf Grund von Schatzwechseln in den Verkehr geflossen sind. Nur so läßt sich einwandfrei feststellen, was der Wirtschaft zur Last liegt, aber auch, was einzig und allein verfehlte Finanzpolitik ist. Seit Jahresfrist ist der Notenumlauf allein um 26 Milliarden Mark gestiegen. Er beträgt nunmehr fast 56 Milliarden Mark. Wozu noch über 13 Milliarden Darlehnskassenscheine kommen. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat in einer Versammlung in Frankfurt am Main wieder ein bewegliches Klagelied über unsere Verschuldung angestimmt. Warum die schwebenden Schulden immer höher steigen, das muß doch der Finanzminister wissen, aus dessen Schreibstube die Schatzwechsel der Regierung zur Reichsbank wandern. Ist einmal festgestellt, wie hoch diese Beträge wöchentlich sind, dann läßt sich auch nachprüfen, wofür sie ausgegeben werden. Zunächst kommt allerdings die Deckung der Anleihezinsen in Betracht. Aber diese sind nicht so hoch, um die Neuausgabe von 30 Milliarden Mark Papiergeld in einem Jahre zu rechtfertigen. Die Wahrheit ist, daß die Beamtenkörper überall stark angeschwollen sind. Der Reichstag hat vor dem Auseinandergehen noch schleunigst den Notenhaushalt bewilligt, ohne sich um die Einzelheiten zu kümmern. So schleppen wir einen Beamtentroß mit, der außer Verhältnis zu den zu leistenden Aufgaben steht. Wie teuer unsere Verwaltung ist, darüber machen wir uns allgemein keinen Begriff. Selbst ein gewiegter Finanzsachverständiger hat es schwer, eine genaue Berechnung darüber aufzustellen. Der Reichshaushalt wird dem Reichstag in kleinen Teilen vorgelegt, immer in der zwölften Stunde, so daß eine Nachprüfung technisch kaum möglich ist. Wenn wir aber tatsächlich sparen wollen, dann muß zunächst einmal die kostspielige Verwaltung im Reich und in den Ländern abgebaut werden. Das Volk bricht unter der Steuerlast zusammen. Es ist keine Abhilfe, die fehlenden Summen durch die Notenpresse zu decken, weil die Wirtschaft so in Grund und Boden zerstört wird. Alle Unternehmer und gewerblichen Verbände klagen darüber, daß ein planmäßiges Wirtschaften überhaupt zur Unmöglichkeit geworden ist. Lieferungsverträge zu festen Preisen lassen sich nicht mehr abschließen, weil die Preise während der Ausführung und am Lieferungstage selbst wieder gestiegen sind. Das alles sind Wirkungen, als deren Ursache die beständige Vermehrung von Papiergeld mit anzusehen ist. Gewiß, es ist nicht die einzige Ursache. Aber die Wirtschaft kann nur erzeugen, wenn sie Rohstoffe besitzt, wenn Preise und Löhne nicht willkürlich hin- und herschwanken. Die sozialistische Kritik behauptet angesichts dieser Erscheinungen, daß das kapitalistische System versagt habe. Das ist ein Irrtum und ein Trugschluß. In Wirklichkeit ist der Mechanismus des kapitalistischen Systems in Unordnung geraten. Das System selbst ist daran nicht schuld. Es ist die Pflicht der Regierung, unsere Währung wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Versagt der Reichstag, so haben wir doch den Reichswirtschaftsrat, in dem Männer der Wirtschaftspraxis sitzen. Sonst gleiten wir in russische Zustände hinab, deren Trostlosigkeit durch nichts überboten werden kann. Wir können zwar ebenso viel Papiergeld oder noch mehr drucken wie die Bolschewisten, aber wir können als Industrievolk nicht leben, wenn nicht alle Arbeitsenergien bis zum äußersten angespannt werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 11. August 1920.

Leutnant Berger freigelassen.

)(Dresden. Zu der Verhaftung des Leutnants Berger in Klingenthal wird aus der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei folgendes mitgeteilt: Die Regierung hat durch ihren Beauftragten feststellen lassen, daß das Gericht in Klingenthal, ohne dem Justizministerium oder der Regierung vorher Mitteilung gemacht zu haben, Berger auf eigne Hand wieder freigelassen hat. Die Regierung hat daraufhin sofort die nötigen Schritte getan. Der Minister des Innern hat sich ferner mit dem Justizminister in Verbindung gesetzt, um zu erfahren, aus welchen Gründen der Richter zur Freilassung Bergers gekommen ist. Aus dem, dem Minister des Innern vorliegenden Material ist ein Grund zur Entfaltung einstweilen nicht zu erkennen. Das weitere wird das Gesamtministerium beschließen, das sich morgen mit dem Vorfall beschäftigen wird. (Siehe auch unter „Oertliches und Sächsisches").

Die Rede Lloyd Georges im Unterhause.

)(London. Im Unterhaus wies Lloyd George auf die ernste Lage in Mitteleuropa hin: er hoffe jedoch, daß der Frieden erhalten werden könne. Er bedauere, daß die polnische Offensive aufgenommen worden sei trotz der Warnung Frankreichs und Englands. Eine schwierige Lage würde entstehen, wenn die Bolschewisten auf Bedingungen bestehen würden, die die Unabhängigkeit Polens als freie Nation nicht garantierten. Der Völkerbund könne nicht gleichgültig bleiben, wenn eines seiner Mitglieder in seiner Existenz bedroht sei. Die Lage sei ernst. Die Unabhängigkeit Polens bilde einen wesentlichen Teil des Friedensgebäudes, und keine der Nationen, die an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens interessiert seien, könne sein Verschwinden gleichgültig lassen. Eine neue Aufteilung Polens sei nicht nur ein Verbrechen, sie bedeute auch eine Gefahr. Das Ziel der in Hythe festgelegten Politik der Alliierten sei, den Frieden, gegründet auf der Unabhängigkeit des ethnographischen Polen, sicherzustellen. Werde in Minsk ein Ergebnis erzielt, dann wolle man nicht eingreifen, um irgendein für Polen annehmbares Abkommen abzuschließen.

)(Amsterdam. Laut „Daily News" lauten die hauptsächlichsten Vorschläge der Alliierten in Zusammenhang mit der Konferenz von Hythe an die Sowjetregierung: Die Friedensbedingungen Rußlands müssen sofort vollständig veröffentlicht werden. Die Konferenz hat die grundlegenden Fragen nach Abschluß des Waffenstillstandes erneut zu besprechen und es muß nach Kräften danach gestrebt werden, innerhalb 24 Stunden ein Uebereinkommen zu erreichen, das die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten ermöglicht. Der genaue Wortlaut der Besprechungen auf der Konferenz in Minsk muß veröffentlicht werden.

Die russischen Friedensbedingungen.

)(London. Bevor Lloyd George sich gestern nach dem Unterhause begab, empfing ihn eine Anzahl von Abordnungen, die ihm Mitteilung machten von den gegen einen Krieg mit Rußland gerichteten Entschließungen, in denen mit einem Generalstreik als äußerstes Mittel gedroht wird. Lloyd George ersuchte die Abordnungen, seine Erklärung im Parlament abzuwarten. Er sagte: Der Vertrag von Versailles, durch den die Unabhängigkeit Polens geschaffen wurde, müsse um jeden Preis aufrecht erhalten werden. Am Schlusse der gestrigen Aussprache im Unterhause teilte Lloyd George mit, daß ihm ein Dokument Kamenews zugestellt sei, das die Friedensbedingungen der Bolschewisten an Polen enthalte. Lloyd George verlas mit Zustimmung Kamenews folgende Bestimmungen:

1. Das polnische Heer wird auf 50 000 Mann herabgesetzt.
2. Die polnische Kriegsindustrie wird aufgehoben.
3. Die Grenze Polens wird so laufen, wie der Oberste Rat sie festgestellt hat, doch werden einige Verbesserungen bei Bialystock und Cholm angebracht werden.
4. Ein freier Handelsweg für die Bolschewisten nach der Ostsee über Bialystock bis nach Ostpreußen wird verlangt.

Kamenew und Krassin wohnten in der Loge der gestrigen Sitzung des Unterhauses bei. Inzwischen dauern die Kundgebungen der englischen Gewerkschaft gegen einen neuen Krieg an. Der Dockarbeiterverband sandte an Lloyd George einen Protest mit der Begründung, daß Polen den Angriff begonnen habe. Wie die Blätter melden, stellt die gestrige Kundgebung der Arbeiterschaft die wichtigste je in England abgehaltene Versammlung der organisierten Arbeiterschaft dar. In den Arbeiterkreisen wurde gestern abend erklärt, daß der Generalstreik, wenn er beschlossen würde, binnen weniger Stunden zur Tatsache werden könne.

Massenflucht aus Polen.

)(Berlin. Die Massenflucht aus Polen dauert, wie verschiedene Blätter aus Danzig berichten, an. Bisher seien über 10 000 Personen in Danzig eingetroffen. Inzwischen wird aber der allgemeine Angriff auf Warschau von der russischen Nordarmee vorbereitet.

)(Paris. Nach dem „Temps" glaubt man, daß eine Schlacht vor Warschau bevorstehe, wenn nicht die heute beginnenden Verhandlungen zu einer sehr raschen Unterzeichnung des Friedensvertrages führen.

)(Amsterdam. „Telegraaf" meldet aus London: Die polnischen Parlamentäre haben am Montag abend die russischen Linien passiert.

)(London. In dem von den Bolschewisten besetzten Teil Ostgaliziens sind nach den „Times" Sowjets eingesetzt worden.

Antrag Wissell, betr. Förderung der produktiven Erwerbslosenfrage.

)(Berlin. Gestern trat der soziale und wirtschaftspolitische Unterausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates in Berlin zusammen, um den Bericht über die Beratungen über den Antrag Wissel, betr. Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge entgegenzunehmen. Die Beratungen werden heute nachmittag fortgesetzt.

Munitionsdepot in die Luft geflogen.

)(Flensburg. Gestern nachmittag flog in der Nähe der Stadt infolge eines Brandes ein Munitionsdepot in die Luft. Man meldet zwei Tote und einige Verwundete.

Der türkische Friedensvertrag unterzeichnet.

)(Paris. Der türkische Friedensvertrag ist gestern nachmittag in Sevrez unterzeichnet worden.

Einspruch in Budapest.

* Wien. Im Laufe des gestrigen Vormittags waren in Wien Gerüchte verbreitet, daß die Vertreter der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumäniens in Budapest der ungarischen Regierung ein Ultimatum überreicht hätten des Inhalts, daß die Rüstungen Ungarns Dimensionen annehmen, welche die genannten Mächte beunruhigen müßten.

Der Plan der Entente.

* Bukarest. In Bukarester militärischen Kreisen werden die Einzelheiten des militärischen Planes der Alliierten zur Niederwerfung der bolschewistischen Herrschaft in Rußland besprochen. Diesem Plan nach soll England am Krieg

gegen Sowjet-Rußland keinen tätigen Anteil nehmen, wohingegen Frankreich gewissermaßen das Bindeglied zwischen den übrigen antibolschewistischen Armeen bilden soll, die in den in Frage kommenden Ländern geschaffen werden. In erster Linie sollen Rumänien mit 70 000 und Ungarn mit 80 000 Mann in Frage kommen. Die erforderliche Munition und Ausrüstung soll Frankreich liefern.

Verschärfung des Streiks in Wien.

* **Wien.** Der Fernsprech- und Telegraphenstreik in Oesterreich erweitert sich zum großen Zusammenbruch der Verwaltung. Da der Streik nicht beendet werden konnte, haben die Aufständischen ein Ultimatum an die Regierung gerichtet, in dem sie bis heute mittag 12 Uhr eine bindende Erklärung darüber verlangten, daß unverzüglich ein Kabinettsrat einberufen werden solle. Sollte diese Erklärung bis zu diesem Zeitpunkte nicht gegeben werden, dann würde der Streik sofort verschärft werden. In diesem Falle steht auch schon das ganze Personal der Post bereit, um gleichfalls in den Streik einzutreten. Ein Ansuchen der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Wien, in die Telefonverbindung eingeschaltet zu werden, wurde von den Streikenden mit dem Hinweis auf die Verfolgung der Bruderorganisation in Deutschböhmen durch die tschechoslowakische Regierung abgelehnt.

Vermischtes.

16 Bauerngehöfte niedergebrannt. Aus Koburg wird gemeldet: In Ottowind sind vorgestern nachmittag 10 Bauerngehöfte vollständig und 3 Gehöfte bis auf die Wohnhäuser niedergebrannt. Reiche Ernetevorräte sind mit verbrannt.

Die Stadt Ochotsk niedergebrannt. Reuter meldet aus Wladiwostok: Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist die Stadt Ochotsk niedergebrannt worden.

Ein schweres Unwetter mit starkem Hagelschlag zog über die Umgegend von Frankenhausen a. Kyffh. Wie aus Rottleben gemeldet wird, ist die Ernte der vom Hagelschlag betroffenen Äcker am Seegaer Berge und in der Flur zwischen Rottleben und Frankenhausen so gut wie vernichtet.

Der achtzehnfache Mörder Perleberg ist in Schneidemühl enthauptet worden. Er hatte im Januar durch das Bahnunglück bei Stoewen den Tod von 18 Personen herbeigeführt.

Gefährliche Ladungen. Der Weltkohlenpreis ist gegenwärtig so groß, daß es sich sogar lohnt, von Australien und Indien Kohlen nach dem europäischen Kontinent zu befördern. Diese Schiffsladungen der „schwarzen Diamanten" sind aber ein nicht ungefährlicher Schatz, der mit großer Vorsicht behandelt werden muß. Da die indische und australische Kohle zum großen Teil Weichkohle ist, so ist sie der Gefahr der Selbstentzündung besonders ausgesetzt. Bei Hartkohle ist das Risiko nicht so groß, und die Versicherungsgesellschaften nehmen daher bei Ladungen von Weichkohle höhere Prämien und verlangen die Anwendung von sehr kostspieligen Vorsichtsmaßregeln. Kohle ist aber durchaus nicht die einzige gefährliche Ladung, die ein moderner Handelsdampfer führen muß. Ein Handelskapitän erzählt aus seinen Erfahrungen von andern Gefahrbringern, die ein Schiff bisweilen beherbergen muß. Petroleum ist lange keine so bedenkliche Ladung wie Weichkohle, denn man hat durch feuersichere Tanks die Gefahr eines Brandes außerordentlich verringert. Dagegen sind von den Matrosen besonders Eisenbahnschienen als Ladung gefürchtet, denn sie sind außerordentlich schwierig zu verstauen, und ebenso ist es eine sehr harte Arbeit, sie nötigenfalls an einen andern Ort zu bringen. Außerordentliche Schwierigkeiten kann Reis hervorrufen. Wenn er nämlich naß wird, so quillt er in geradezu unglaublicher Weise auf, und es sind Fälle glaubwürdig überliefert, bei denen Schiffe von nassem Reis geradezu gesprengt wurden und sanken. Nächst der Weichkohle ist die Baumwolle die feuergefährlichste Ladung. Wenn auch nur ein kleiner Teil eines Ballens durch Petroleum feucht wird, so tritt die Oxydierung so rasch auf und die hervorgerufene Hitze ist so gewaltig, daß eine Feuersbrunst nicht zu vermeiden ist. Wegen ihrer Gefährlichkeit dürfen Methylalkohol und flüssiger Gummi auf Passagierschiffen nicht geführt werden. Die englischen Passagierdampfergesellschaften gestatten auch nicht das Mitführen von Erdbeeren in großen Mengen, denn die scheinbar so harmlose Beere entwickelt in Massen sehr unangenehme Dünste. Noch unangenehmer sind Zwiebeln als Schiffsladung, denn sie entwickeln Gase, die nicht nur unerträglich, sondern geradezu lebensgefährlich sein können. Wie vorsichtig man sein muß, geht aus einem Unglücksfall hervor, der sich vor kurzem ereignete. Ein Boot auf der Themse war mit Stallmist geladen; die beiden Schiffer machten das Boot, nachdem sie die Ladung eingenommen hatten, fest und schliefen die Nacht in ihrer kleinen Kabine. Am nächsten Morgen waren beide tot; sie waren durch die von dem Mist entwickelten Dünste erstickt.

Der drahtlose Anruf auf der Straße. Das drahtlose Telephon, mit dem man bereits glückliche Versuche zur Uebermittlung von Konzerten gemacht hat, ist nun zum ersten Male in den Dienst der Zeitungsberichterstattung gestellt worden. Die Redaktion der „Daily Mail" erteilte durch die Vermittlung der Marconistation in Chelmsford einem ihrer Berichterstatter, der sich „irgendwo in London befand", einen Auftrag, den dieser prompt erledigte. Der Reporter führte einen handlichen Kasten mit sich, in dem sich der Verstärkungsapparat befand. Außerdem trug er in der Westentasche einen kleinen Aufnahmeapparat für die drahtlosen Wellen und führte ein gewöhnliches Telephon mit sich. „Man hatte mir gesagt," erzählt dieser erste „drahtlose" Reporter, „daß man mich von der Redaktion drahtlos anrufen würde, und so nahm ich denn auf meinem Morgenspaziergang einen kleinen, aber sehr geheimnisvollen Kasten mit, und unter meinem Rock trug ich ein nicht minder mysteriöses „Pflaster", das durch zwei Drähte mit dem Kasten verbunden war und den Aufnahmeapparat darstellte. Um besser zu hören, was da inwendig in diesem Kasten los war, hatte ich ein gewöhnliches telephonisches Hörerrohr bei mir, das ebenfalls an einem Draht befestigt war, und von Zeit zu Zeit, während ich so daherspazierte, hielt ich das Telephon an mein Ohr. So fühlte ich mich voll Stolz als der erste Berichterstatter in der Welt, der bestimmt war, auf drahtlosem Wege einen Anruf zu erhalten. Ich „stellte den Apparat ein, indem ich an einem Handgriff drehte, der aus dem Kasten hervorragte. Ich drehte einfach solange, bis ich eine Stimme hörte oder das ruckweise Summen des Morse-Codes. Wenn die Stimme am lautesten war, konnte ich den Hörer auf den Kasten legen und sogar in einiger Entfernung zuhören. So lauschte ich, bis die Weisung für mich kam. Ganz plötzlich sagte eine Stimme aus dem Hörer: „Botschaft von der „Daily Mail" für Mr. Lensmith, irgendwo in der Hauptstadt. Ein Feuer brach heute morgen in der Sunagoge in Bishopsgate aus. Bitte stellen Sie die näheren Einzelheiten fest und bestätigen Sie sofort den Empfang dieser Botschaft." Als ich nach Bishopsgate kam, war der Brand schon gelöscht, aber einige kostbare jüdische Manuskripte waren den Flammen zum Opfer gefallen." Diesem Bericht des Reporters fügt das Blatt den Hinweis hinzu, daß diese gelungene und bequeme Uebermittlung eines drahtlosen Auftrages weitgehende Möglichkeiten für die Zukunft der Berichterstattung eröffnet. Wenn ein Zeitungsmann auf andere Weise nicht zu erreichen ist, kann er, falls er einen Empfangsapparat mit sich führt, auf drahtlosem Wege schleunige Aufträge erhalten.

Seltsame Köder. Die schönste Zeit für den Angelsport ist jetzt wieder da, und der Verehrer dieser scheinbar so stillen leidenschaftlichen Beschäftigung erlebt seine spannenden Abenteuer und Erregungen, von denen der ahnungslose Zuschauer sich keine Vorstellung machen kann. Eine der „brennenden Fragen", die dem Angler ein unerschöpfliches Interesse einflößt, ist die nach dem besten Köder, und besonders in England, der klassischen Heimat des Angelns, zerbricht man sich darüber den Kopf. Mit was für seltsamen Lockmitteln man manchmal die besten Fänge erzielt, darüber verbreitet sich T. O. Bridges in einem Londoner Blatt. Vor kurzem wettete ein Angler mit einem andern, daß er einen Hecht mit einer Mohrrübe fangen würde, und schon nach dem ersten Versuch hatte er seine Wette gewonnen. Im allgemeinen sind ja Hechte bekanntlich keine Vegetarier, sondern fressen mit Vorliebe ihre eigenen Brüder, und deshalb ist ein kleiner Hecht der beste Köder beim Hechtfang. Andere Fische aber bevorzugen Gemüse. So wird z. B. eine kleine gekochte Kartoffel als der beste Köder für große Karpfen empfohlen, und diese Fische sollen auch für Bohnen sehr empfänglich sein. Das erfolgreichste Lockmittel für Karpfen ist aber ein Brei, der aus Brot und Honig hergestellt wird, und selbst stattliche Zehnpfünder können der Verführung dieses süßen Leckerbissens nicht widerstehen. Die besten Döbel, die in letzter Zeit in der Themse gefangen wurden, erlagen dem Anreiz von Kirschen. Es bleibt eins der vielen Rätsel der Natur, warum der Döbel gerade so ein leidenschaftlicher Kirschenfresser ist. Als Feinschmecker liebt er ebenso den Käse, und deshalb wird zum Döbelfang als Köder vielfach ein Brei verwendet, der aus gekochtem Makkaroni zusammen mit Käse angemacht ist. Plötzen dagegen wollen mit Gemüse gelockt werden, und der Hauptköder für sie ist gekochter Weizen oder Kartoffelbrei. Die Forelle fängt der Engländer am leichtesten mit der künstlichen Fliege; aber im August sollen diese wohlschmeckenden Tiere am leichtesten auf Heuschrecken anbeißen. Bisweilen nimmt ein Fisch einen Köder an einer Stelle und lehnt ihn an einem andern Ort entschieden ab. Der Seebarsch z. B. wird an der Küste von Cornwall mit Sardinen gefangen, dagegen an der Küste von Hampshire mit kleinen Krebsen und an der von Wales mit Rochenleber. So stellt sich die Kunde von den besten Fischködern als eine sehr verzweigte und merkwürdige Wissenschaft dar.

Wann wird das Wetter gut. Das Unangenehmste an den Wettersorgen, die man während der Ferienreisen auch in diesem Sommer wieder reichlich auskosten kann, ist die Ungewißheit, was man sich für den nächsten Tag vornehmen kann. Wird es morgen nicht regnen, damit ich meinen Ausflug machen kann? Oder: Wird heut nachmittag gutes Wetter sein, sodaß ich mein weißes Kleid anziehen kann? — Das sind so Fragen, die während der Erholungszeit das Herz bedrücken. Nun ist es freilich auch den größten Gelehrten noch nicht gelungen, unfehlbare Wettervoraussagen zu machen; aber es gibt doch manche wertvolle Anzeichen, die einige Anhaltspunkte für die Weitergestaltung der allernächsten Zeit bieten. Schon von altersher hat sich die Beobachtung des Himmels beim Sonnenuntergang für die Beurteilung des Wetters am folgenden Tage wichtig erwiesen. Verschwindet der Sonnenball des Abends mit einem Feuerwerk leuchtender Farbenspiele in den Wolken, sind besonders die roten Wolkenkanten stark vertreten, so dürfen wir auf einen schönen Morgen hoffen. Blasse, fahle Farbentönungen beim Sonnenuntergang sind dagegen ein schlechtes Zeichen; sie künden Regen und Wind an. Wenn vielfach behauptet wird, ein Sonnenuntergang mit stark roter Färbung des Himmels ist ein schlechtes Zeichen für die Witterung des folgenden Tages, so wird dies durch die Erfahrung bestätigt. Wenn man sich die Wolken am Morgenhimmel genau ansieht, so kann man daraus erkennen, wie das Wetter am Nachmittag sein wird. Zeigen die Wolken jenen massigen gehäuften Typus, den man als Cumulus bezeichnet, und wachsen diese Wolkenhaufen bis zum Mittag stetig an, so kann man sich auf Regenschauer und vielleicht sogar auf ein Gewitter gefaßt machen. Dagegen deuten die schmalen wolligen Wolkenformen auf gutes Wetter hin. Ist der Himmel mit zerrissenen Wolkenfetzen bedeckt, durch die das leuchtende Blau hindurchschaut, so ist das ein gutes Zeichen für Aufklärung. Bestimmte Stunden des Tages sind für einen Wetterumschlag besonders wichtig. Bei einem regnerischen Morgen ist die Stunde zwischen 11 und 12 Uhr entscheidend, und wenn um diese Zeit der Regen aufhört, kann man auf schönes Wetter hoffen. Dauert der Regen über diese Stunde hinaus, so wird sich das Wetter bis zwischen 4 und 5 Uhr nicht bessern. Erst dann kann eine Veränderung zum Guten erwartet werden.

Sport.

Sportfest Reichswehr-Pionier-Bataillon 19. Das für Donnerstag, den 12. 8., nachmittags 3 Uhr angesagte Pontonwettrudern findet statt von Nünchritz bis Moritz, anschließend Fahrtenschwimmen bis Elbbad.

Nichtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung in Gröba

(Zentralschule) am 9. August 1920.

Entschuldigt fehlten die Herren Gemeindevorstand Hans, Horn, Matthäus, Riedel. Den Vorsitz führte Herr Gemeindeältester Günther. Der Sitzung wohnte ferner Ortsbaumeister Langer bei.

1. (Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer.) Die Siedelungsgesellschaft „Elbe" plant auf einem 38680 qm umfassenden, hinter der Zentralschule gelegenen Baugelände 72 Beamten- und Arbeiterwohnungen zu errichten. Die gesamten Baukosten einschließlich Landerwerbs- und Straßenbaukosten werden sich auf rund 7450000 M. stellen, für eine Wohnung also über 100 000 M. Der Mietspreis der kleinsten, aus Stube, Kammer und Wohnküche bestehenden Wohnung, der unter normalen Verhältnissen etwa 350 M. beträgt, würde sich, um eine Verzinsung des Baukapitals zu decken, 5313 M. errechnen. Die Gesellschaft richtet an den Gemeinderat das Ersuchen, die Vermittelung der Baukostenzuschüsse bei Reich und Staat zu übernehmen. Nach den Vorschlägen des Bauausschusses beschließt der Gemeinderat, die Vermittelung zu übernehmen, weiter dahin vorstellig zu werden, auch die Baukostenzuschüsse der Gemeinde auf das Reich zu übernehmen und der Siedelungsgesellschaft eine Anerkennungsgebühr von 1000 M. aufzuerlegen.

2. (Berichterstatter Herr Lieberwirth.) Die Satzungen der Siedelungsgesellschaft „Elbe" werden zur Kenntnis gebracht und über einige die Interessen der Gemeinde Gröba berührende Aenderungen berichtet. Als Vertreter der Gemeinde im Aufsichtsrat der Gesellschaft hat der Verwaltungsausschuß Herrn Gemeindevorstand Hans in Vorschlag gebracht. Herr Gartenschläger hält es für ratsam, einen Baufachmann in den Aufsichtsrat zu entsenden und befürwortet die Wahl des Herrn Ortsbaumeister Langer. Auf Anregung des Herrn Hannes beschließt das Kollegium, die Wahlangelegenheit an den Verwaltungsausschuß zur nochmaligen Erwägung zurückzuverweisen.

3. (Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer.) Vom Landeswohnungsamt ist angezeigt worden, daß das Gesuch der Gemeindeverwaltung um weitere Bewilligung von Baukostenzuschüssen für eine dritte Wohnungsbaugruppe an der Oststraße, sowie für den Anbau an der alten Schule an der Kirchstraße nicht, wie in der letzten öffentlichen Gemeinderatssitzung mitgeteilt, abgelehnt wurde, sondern nur zurückgestellt ist, bis festgestellt worden ist, ob nach Berücksichtigung vorberechtigter Notstandsgemeinden noch Mittel zur Verfügung stehen. Der Gemeinderat nimmt hiervon Kenntnis.

Um Weg und Ziel.

Original-Roman von Margarete Wolff-Meder.

42. Fortsetzung.

Und die, die auf dem Steintritt saßen, blickten neidvoll hinter ihnen her und bedauerten, nicht auch in irgendwelcher Beziehung zu dem Bernsteinhaus zu stehen; denn den Braten, von dem die Schusterleute nun abbekamen, rochen sie hier draußen, von den Speisen und Torten ganz zu schweigen. Aber während sie noch so sprachen und während ihnen das Wasser im Munde zusammenlief, puffte und knatterte es hinter dem Hindenbergschen Hause: Das Feuerwerk in dem alten parkartigen Garten nahm seinen Anfang, und das hatte nun zur Folge, daß der Marktplatz im Nu menschenleer wurde. Alt und jung schob, stieß und drängte sich in die Nebenstraße hinein, in der das Gartengitter des Hindenbergschen Grundstückes die eine Seite der Straßenlänge ganz und gar einnahm.

Nur das lose Ding, die Blumenbindezin, hatte, so jung es auch noch war, schon seinen Schatz, mit dem es kosend in einer Ecke zurückblieb. Doch mitten in den Zärtlichkeiten stieß die Kleine plötzlich ihren Burschen an und machte ihn auf eine Männergestalt aufmerksam, die langsam um das Rathaus gekommen war, um nun, in nicht allzuweiter Entfernung von dem Liebespaare stehen zu bleiben und zu den Fenstern des Hochzeits-Hauses hinaufzustarren. Die beiden Lauscher verhielten sich mäuschenstill, und erst als der einsame Mann seinen Weg fortgesetzt hatte, wisperte das Mädchen: „Das war Baumeister Curtius."

„Ach so", meinte der Bursche gleichgültig.

„Und nun glaube ich's doch, daß Der und Die da drüben 'ne heimliche Liebe gehabt haben. Hast du gehört, wie er geseufzt hat."

„Ne. Ich hab nicht so'ne feine Ohren."

„Ich aber", triumphierte die Kleine .... „Ganz schwer und aus tiefstem Herzen hat er geseufzt."

„Ihm tut am Ende das viele Geld leid, das nu der andre kriegt."

„Na, du bist mir einer", zürnte sie. „Nicht ein bißchen poetisch und gefühlvoll. Der hat geseufzt wie einer mit 'nem gebrochenen Herzen."

„Bekümmer' dich lieber um mein gebrochenes Herz, Anneken."

„Ach du, geh ab", schmollte sie.

„Na, Anneken. Na, na." Er legte den Arm um ihre Taille. Und es gab kein Sträuben. Er küßte sie.

Und da nun die Musik nicht mehr aus dem Saale, sondern aus dem Garten herübertönte, aus dem die Leuchtkugeln immer schöner und höher in die Juninacht hinaufstiegen, eilten auch diese beiden in die Seitenstraße hinein und mischten sich dort unter die jauchzenden und staunenden Baumgäste.

9.

Da Leberecht und Inge nun einander hatten, fühlten sie sich wirklich als andere Menschen. Auf Inges Stirn war keine Grübelfalte mehr, und wenn sie morgens gegen neun Uhr auf dem Balkon oder hinter dem Erkerfenster ihrer Wohnung stand und ihrem Manne, der sich in sein Geschäftshaus begab, zuwinkte, lachten und strahlten ihre dunkelen Augen. Auf ihrem Gesicht lag ein rosiger Schimmer, es sah jung aus und glücklich. Und Leberecht winkte und grüßte zurück, und jedermann konnte seiner schnellen, elastischen Gangart das Gehobensein anmerken.

Einmal, im Anfang, bald nach der Hochzeitsreise, die sie nach Schweden hin unternommen hatten, war Inge auch in die Spandauer Straße gefahren, um ihren Mann dort an seiner Arbeitsstätte aufzusuchen. Ein junger Volontär, der sie aber nicht kannte, war mit der Meldung, eine Dame wünsche Herrn Wiedenkamp zu sprechen, in das Privatkontor gegangen. Sie hatte unterdeß bescheidentlich auf einem Stuhl vor der absperrenden Ballustrade im Kassenzimmer gewartet. Dann war Leberecht gekommen, zuerst mit runden erstaunten Augen, die aber bald strahlend wurden. „Herr Müller", hatte er lachend dem jungen, verlegen gewordenen Menschen zugerufen, „diese Dame darf unangemeldet hinein, 's ist meine Frau!" Sogleich war der grauhaarige Kassierer, der gar nicht einmal den Kopf nach ihr gewendet hatte, von seinem hohen Drehschemel herunter geklettert, hatte sich drei-, viermal verneigt, und hatte um Entschuldigung gebeten, daß er sich nicht im geringsten um sie gekümmert habe. Nachdem Leberecht sie dann noch mit dem Prokuristen, den Buchhaltern, Korrespondenten und den Reisenden, letzteren soweit sie anwesend waren, bekannt gemacht hatte, war sie mit ihm an den dienernden Herrn, an den Kassenschränken, den hohen Pulten und niedrigen Schreibtischen vorüber in sein Privatkontor geschritten. Da drin in dem zweifenstrigen, hübsch eingerichteten Raum hatte sie der Anstellung eines neuen Reisenden beigewohnt, dann hatte Leberecht ihr einen kleinen Einblick in seine Berufsarbeit gewährt.

Nun, er hatte seinen Kopf sehr voll, Beratungen mit dem Prokuristen und den verschiedenen geschäftlichen Vertretern, die zum Besuche der Spinnereien, Webereien und Tuchfabriken ganz Deutschland bereisten, gab es täglich. Die Einkaufsgeschäfte besorgte er selbst oder Wigand, der Prokurist; und jährlich einmal oder zweimal reiste er oder Wigand zu den großen Wollauktionen nach London. „Wenn alles klappt," hatte er damals gesagt, „wird viel Geld verdient, umgekehrt aber auch ebensoviel verloren."

Und seither mußte Inge nun ihren Mann, wenn er im Geschäft war, besser zu finden, und das hatte sie gewollt. Aber viel freie Zeit blieb ihr gar nicht. Die hübsche, blonde Frau Kleinmüller schloß ihr sich bald sehr eng an. Sie kam vormittags, wenn Inge allein war, beide Damen musizierten dann, besuchten die Galerien, Museen und Ausstellungen oder sahen sich auch nur die Geschäftsanslagen an, was Frau Kleinmüller „eine Schaufenstertournee machen" nannte. Bei Kleinmüllers war bisher kein Kindersegen eingekehrt und der jungen Frau war es, während ihr Mann in seiner Fabrik, im Südosten weilte, in der großen, schönen Grunewaldvilla zu einsam. Inge aber, die in der Heimat eine solche Freundin entbehrt hatte, sah die kleine Frau recht gerne.

Doch auch sonst waren Wiedenkamps, durch ihren Bekanntenkreis in ein recht unruhevolles Leben hineingezogen worden. Man war eigentlich keinen Tag zuhause, und heute erinnerte Inge schon wieder ihren Mann, den sie auf die Diele hinausbegleitet hatte, nicht zu spät heimzukommen.

„Was gibt's denn, Kind?" fragte er.

„Theaterbesuch. Wir wollen doch mit Kleinmüllers ins Lessingtheater."

„Hm .. Ja .." Er küßte sie zum Abschied. „Dieses Großstadtleben hängt einem an, wie der Schnecke das Haus. Als Junggeselle meinte er immer, bloß erst verheiratet zu sein, dann hört der Rummel auf. Jetzt aber heißt's von seiten der lieben Bekannten einfach: Wir sind da und da, sie kommen mit ihrer Frau doch auch. Na und man denkt dann an die Frau, die soll doch auch etwas haben, einen Kunstgenuß oder eine Zerstreuung, und so telephoniert man: Schön, wir werden uns einfinden."

Fortsetzung folgt.

4. (Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer.) Die Betriebsgenossenschaft für das Metallgewerbe Riesa ersucht den Gemeinderat um Befreiung von der Hinterlegung von Haftsummen. Der Bauausschuß glaubt jedoch einer gewissen Garantie für die Güte der ausgeführten Arbeiten nicht entbehren zu können und empfiehlt, die Höhe der Haftsumme von 5 % auf 2 %, wie dies auch bereits den Gewerken im Baugewerbe zugestanden wurde, zu ermäßigen, soweit die Kosten über 10000 M. betragen. Bei Beträgen unter 10 000 M. bleibt die Haftsumme von 5 % bestehen. Der Gemeinderat stimmt diesem Vorschlage zu.

5. (Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer.) Die von mehreren Bauhandwerkern nachgeforderten Teuerungszuschläge für ausgeführte Arbeiten in der 2. Gruppe der Kleinwohnungsbauten werden nach Prüfung durch den Bauausschuß bewilligt.

6. (Berichterstatter Herr Münch.) Die während des Krieges bei der Gemeindeverwaltung eingestellten und zum Heeresdienst eingezogenen Angestellten und Hilfsbeamten richten an den Gemeinderat das Ersuchen um Gehaltsnachzahlung für die landsturmpflichtige Militärdienstzeit bis zum vollendeten 20. Lebensjahre. Nach einer Entscheidung des Sächsischen Gemeindetages besteht dieses Ansuchen zu Recht und das Kollegium beschließt deshalb, diesem Rechnung zu tragen. Die Nachzahlung beträgt insgesamt 3466 M.

7. (Berichterstatter Herr Freudenberg.) Die Volksküchenrechnung für das Jahr 1919 schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit Mk. 94 047.70. Nach stattgefundener Prüfung der Rechnung wird die Richtigsprechung dieser durch das Kollegium ausgesprochen.

8. (Berichterstatter Herr Hentschel.) Der Hausbesitzerverein hat in einer Eingabe an den Gemeinderat darum nachgesucht, die **Einhebung des Wasserzinses direkt von den Mietern** durchzuführen in der Weise, wie dies bereits für den Gasverbrauch auch geschieht. Der Gas- und Wasserwerksausschuß hat das Ansuchen abgelehnt, mit dem Hinweis, daß das Wasserwerk im allgemeinen öffentlicher Betrieb sei, dem alle Haushaltungen der Gemeinde angeschlossen seien, während die Gasabnahme eine freiwillige ist. Außerdem würde die in der Eingabe gewünschte Einhebung des Wasserzinses den Bestimmungen der Landgemeindeordnung zuwiderlaufen, die ausdrücklich vorschreibe, daß der Wasserverbrauch in einem Grundstücke vom Besitzer zu entrichten ist. Im allgemeinen sei es notwendig, die Bewirtschaftung des Wasserwerkes zu reorganisieren und auf eine neue gesunde Grundlage zu stellen. Während in anderen Gemeinden das Wasserwerk eine Einnahmequelle zur Entlastung der Steuerzahler darstelle, sei dies in unserer Gemeinde nicht der Fall. Es fehle an den notwendigen Rücklagen für ein Betriebskapital zur Ausführung größerer Reparaturen und Erweiterungen im Betrieb des Wasserwerkes. Die Mittel hierzu müßten immer durch Anleihen aufgebracht werden, was den Betrieb unrentabel mache. Die Ursache an dem geringen Ertrag des Wasserwerksbetriebes trage der Umstand, daß für die Bemessung des Wasserverbrauches die erforderlichen Wasseruhren fehlen, eine Unterlassungssünde, die dem alten Gemeinderat zur Last zu legen sei. Heute verursache natürlich der Einbau der Wassermesser großen Aufwand und betrage etwa 60 000 Mk. Die geförderte Wassermenge betrage nachweisbar rund 300 000 Kubikmeter im Jahre, man habe aber keinen Nachweis dafür, wo diese Mengen hinkommen, und ob diese bezahlt werden. Der Ausschuß werde sich gezwungen sehen, trotz der hohen Kosten, die Beschaffung der Wassermesser in Erwägung zu ziehen und dem Kollegium in nächster Zeit eine entsprechende Vorlage zu machen. An die Ausführungen des Berichterstatters schließt sich eine breite Aussprache. Herr Lieberwirth tritt warm für das Gesuch des Hausbesitzervereins ein, durch dessen Annahme manche Streitigkeiten zwischen Hausbesitzer und Mieter vermieden würde. Wenn bei der Inbetriebnahme des Wasserwerkes auf den Einbau der Wasseruhren verzichtet worden sei, so sei dies auf ganz besondere Empfehlung des Sachverständigen und Gutachters Gleitsmann geschehen, der durch pauschalmäßige Festsetzung des Wasserzinses eine bessere Rentabilität des Betriebes in Aussicht stellte. Herr Gartenschläger weist die gegen den alten Gemeinderat erhobenen Vorwürfe zurück. Die sechs Jahre Kriegszeit mit ihren zersetzenden Einwirkungen und die vom Vorredner angeführten Tatsachen könnten doch nicht ohne weiteres übersehen werden. Abschreibungen aus Ueberschüssen seien gemacht, notwendigerweise aber im Betrieb wieder verwendet worden. Herr Lämmel wünscht Vorlegung monatlicher Uebersichten über den Geschäftsbetrieb der Gemeindebetriebe, die nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet werden müßten. Herr Gemeindeältester Schmidt zeigt an einem Beispiel, daß durch Einbau einer Wasseruhr in einem **Bäckereibetrieb in einem Vierteljahr 300 M. Wasserzins nachgezahlt werden müßten.** Herr Hentschel ergänzt, daß Bücher der Gas- und Wasserwerksabschlüsse seit 1912 nicht mehr geprüft worden sind, was vom Vorsitzenden dahin aufgeklärt wird, daß durch den großen Wechsel im Personal der Gas- und Wasserwerkskasse während der Kriegszeit die Abschlüsse nicht rechtzeitig fertiggestellt worden sind, wie überhaupt die Einwirkung des Krieges die Ursache mancher Klage geworden ist, die heute dem früheren Gemeinderat zum Vorwurf gemacht werde. Gegen zwei Stimmen wird hierauf das Gesuch des Hausbesitzervereins **abgelehnt.**

9. Der Vorsitzende, Herr Gemeindeältester Günther, gibt bekannt, daß nach einer Verfügung des Finanzamtes Großenhain für den Steuerbezirk Gröba 6 Mitglieder in den Steuerausschuß auf 3 Jahre zu bestimmen sind. Die Wahl wird in nächster Sitzung vorgenommen. — Vom Elbstromamt Meißen ist gestern oberhalb Forberge ein **Badeplatz für Gröba** abgesteckt worden. Für nächstes Jahr soll die Schaffung eines Badebassins in der Döllnitz in Aussicht genommen werden.

10. Herr Ortsbaumeister Langer trägt das Bauvorhaben des Elektrizitätsverbandes Gröba vor, betr. Errichtung einer Wasserstation an der Elbe, zur Förderung von Kühlwasser für Dieselmotore, sowie einer Fernsprechkabelleitung.

11. Auf Anfrage von Frau Berger erstattet Herr Hannes Bericht über die Maßnahmen des Ernährungsausschusses im Bezirk Großenhain bezüglich der **Brotverteilung** im neuen Erntejahr, für welche man in Bezug auf Beschaffenheit und Quantum des Brotes eine Besserung erhoffen kann. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Witwe, Mitte 30, mit 3 Kindern, schönem Hausgrundstück mit Feld, Materialwarenhandlung u. Stellmacherei sucht auf diesem Wege einen tr. Lebensgefährten, der in der Stellmachereibranche gut bewandert ist,

zwecks Heirat.

Witwer m. 1 od. 2 Kindern auch angenehm. Off. erb. u. H D 5558 an das Tagbl. Riesa.

Junger Herr

sucht mit jungem anständ. Fräulein in Briefwechsel zu treten zwecks späterer

Heirat.

Nur ernstgem. Off. u. m. Bild u. J D 5559 an das Tagbl. Riesa.

Verm. Guts- u. Mühlenbes.-Töcht. v. 18—36 J. m. Heirat m. Beamten o. Lehrer d. Frau Zecken, Leipzig, Charlottenstraße 9. pt. Rückporto erbet.

Student sucht gut

möbl. Zimmer.

Off. m. Preisang. u. G D 5557a an das Tageblatt Riesa.

Saubere Aufwartung

oder Hausmädchen gesucht Hauptstraße 26, 1.

Witwe v. Lande m. 13j. Mädchen sucht Stelle als

Wirtschafterin.

Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Vereinsnachrichten

Riesaer Sport-Verein e. V. Donnerstag abend 6 Uhr Fußball, Jugendabteilung; Erscheinen aller ist unbedingt erforderlich. Freitag 8 Uhr Mitgliederversammlung Feldschlößchen. Wichtige Tagesordnung.

Musikver. Harmonie. Freitag abend Probe im Bürgergart.

Einladung

zu einer **Mitgliederversammlung der Konfirmanden-Sparkasse zu Gröba und Umg. (e. V.)**

Donnerstag, den 19. August 1920

abends 8 Uhr im **Gasthaus zum Anker** in Gröba.

Tagesordnung:

1. Entgegennahme u. Richtigsprech. d. Jahresrechnung 1919.
2. Wahl zweier Aufsichtsratsmitglieder.
3. Festsetzung der Entschädigung an Vorstandsmitglieder und Kassenbeamte.
4. Festsetzung des Zinsfußes.

Gröba, am 10. August 1920.

Der Vorstand: Schuldirektor Börner, Vorsitzender.

Zu dem am Donnerstag, 12. 8., vom K. G. O. Poppitz im

Gasthof Mergendorf

stattfindenden

Wiener Walzerabend

laden wir die Mitglieder nochmals herzlich ein. Gäste sind herzlich willkommen. **Der Festausschuß.**

Brikett-Ausgabe

Riesa-Stadt

Donnerstag, den 12. 8., alle Rückstände Mai—Juli. Ausgabe nur 2—6 nachm. **Freitag,** den 13. 8., Nr. 1—450 auf alle gemeldeten Karten für Monat August. Ausgabe: 8—12 vorm., 2—6 nachm.

C. A. Schulze.

Gesiebte Rohkohle

markenfrei.

In den nächsten Tagen treffen mehrere Waggons **gel. Rohkohle** ein. Gebe selbige im einzelnen, sowie auf fuhrenweise billigst ab. Bestellungen nehme schon jetzt entgegen. **M. Gumlich.**

In einer Stunde vertilgen Sie unter **Garantie** Kopf-, Filz- und Kleider-**Läuse** s. Brut (Niss.), Flöhe bei Mensch u. Tier. **„Kampolda“**, pat. gesch. Mittel. Wund. unschädl. Verkauf in Riesa nur Friseur **Alfred Böhlig,** Hauptstr. 73. Postversf.

Gold- und Silberwaren,

Platin, Brillanten, sowie **Schmuckgegenstände** aller Art **kaufen**

Lahl & Schnorr, Leipzig

Telefon 13639 — Nürnbergerstr. 44 p.

Achtung!

Zahle jetzt für Wolle Pfund 9.— M.

Zeitungen „ 0.80 „

für Lumpen, Flaschen und Metalle die höchsten Tagespreise.

Abzugeben im **Hotel Kronprinz.**

Geschlechts-Kranke

Rasche Hilfe! — Doppelte Hilfe!

Harnröhrenleiden, frischer und veralteter Ausfluß. Heilung in kürzester Frist. Syphilis, ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung u. andere Gifte. Hammerschwäche, sofortige Hilfe. Über jedes der drei Leiden ist eine ausführliche belehrende Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztlichen Gutachten und zahlreich freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung kostenlos gegen Einsendung von 60 Pfg. für Porto in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch

Spezialarzt Dr. med. Dammann,

Berlin C.77, Potsdamer Str. 123 B.

Sprechstunden: von 9—11 u. 2—4 Uhr. Sonntags 10—11 Uhr. Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

2 perfekte Stenotypistinnen

per sofort gesucht. Vorzustellen mit kurzer, schriftlicher Bewerbung und Zeugnissen in

Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine

m. b. H., Verwaltungsstelle Gröba.

Dampfbad Riesa

geöffnet 9—7 Uhr.

Donnerstags

Damen-Dampfbad.

Hausbesitzertochter

sucht Stellung als

Wirtschafterin

bei einzelnem Herrn in mittlerem oder kleinerem Gute. Spätere **Einheirat** nicht ausgeschlossen. Angeb. mit Gehaltsangabe unt. F H 89 postlagernd Röderau.

1 ält. Fräulein

oder alleinstehende **Frau** wird zur Führung eines frauenlosen Haushalts von einem älteren Herrn in eine Provinzstadt baldigst gesucht. Werte Offerten unt. genauer Angabe der Familienverhältnisse werden unt. K D 5560 an das Tagbl. Riesa erbeten.

Ein ehrliches, sauberes

Mädchen

mit etwas Kochkenntnissen bei hohem Lohn per 1. September zu mieten gesucht.

Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Ein ordentliches, solides

Mädchen

(keine Kellnerin) zum Bedienen der Gäste **gesucht.**

Vorzustellen **Kaffeehaus Finke, Zeithain, Tr.-Pl.**

Suche für sofort jüngeren

Friseurgehilfen.

A. Gutzelmann, Mühlberg a. Elbe.

Hoher Verdienst

durch Uebernahme einer Brennesselsammelstelle. Anleitung erteilt **M. O. Wehlhorn & Co., Dresden-A. 1,** Räcknitzstraße 1.

Violinenunterricht

gesucht.

Preisang. erb. unt. F D 5556 an das Tageblatt Riesa.

1 Wurf starke Ferkel

zu verkaufen in **Oelsitz Nr. 1.**

5 junge Hunde,

7 Wochen alt, zu verkaufen **Kalbitz Nr. 9.**

Junge neumelkene Kuh

zu verkauf. **Dörschnitz Nr. 1** bei Lommatzsch.

Sehr schönes belgisches **Rotschimmelhengstfohlen,** 10 Wochen alt, zu verkaufen **Voigt, Großrügeln** b. Strehla.

Verkaufe Spiegel,

1. Sorte, Menzelsches Fabrikat, Größe 105×40, mit Rahmen, Preis 200 Mark.

Spiegel

in allen Größen zu haben.

Louis Gomoll & Co., Spiegelbelegerei, **Lommatzsch, Markt 8.**

Gute Geige

mit Kasten zu verkaufen **Bismarckstr. 11a, 1.**

Gelegenheitskauf.

1 Geige

ist preiswert zu verkaufen **Weida, Heidebergstraße 22.**

Gebr. Kid.-Schrank

(neu vorgerichtet) ist billig zu verkaufen **Rundteil 9.**

Mod. heller Kinderwagen

preisw. zu verk. **Canitz Nr. 2.**

Tafelwagen

25—30 Ztr. Tragkraft, pass. f. Obsthändler usw., zu verk.

Paul Schöne, Gröba, Kirchstraße 22.

Wäschemangel

zu verkaufen **Goblis Nr. 1.**

Schreibmaschine

patentiert, Mimax, neu, das vollendetste in Technik, sehr billig unt. Garantie zu verk.

R. Neumann, Weßig bei Großenhain.

Roggen- und Weizen-

Stroh

aus neuer Ernte kauft waggonweise ab jeder Bahnstation zu d. höchsten Preisen

Max Schumann,

Getreidegeschäft, **Bahnhof Böhlen.**

Fernspr. Amt Großenhain Nr. 59.

Kaufe 100 Ztr. Grummet od. Heu

August Piotrowski, Neuweida, Hauptstr. 13.

Heu oder Grummet

15—20 Ztr., auch in kleinen Posten, unter Angabe des Preises kauft **Hauptstr. 45.**

Abstimmungsberechtigte

Oberschlesier

meldet Euch im Auskunfts-Kontor bei **Paul Peschke,** Holzhandlung, a. Schlachthof.

Drueseln

Hühneraugensalbe

bei Hühneraugen, Ballen, Hornhaut, Warzen, Dose 3.50. Fabrikant und Vertrieb **Apotheker Drasel, Erfurt.** Zu haben in **Gröba a. E.** in der **Anker-Apotheke.**

Pa. Portland-Zement

empfiehlt zu Tagespreisen

Bernh. Matthes,

Röderau. Tel. 357.

Achtung!

Felle und Häute

aller Art kauft zu höchsten Tagespreisen

August Rehor,

Poppitzer Straße 19c, 3.

Umpreßhüte!

Damen- und Kinderhüte in Filz, Haarfilz u. Velour zum Umpressen auf neueste Formen werden bei schnellster Lieferung schon jetzt angenommen.

Samt- und Seidenhüte werd. auf allerneueste Formen umgearbeitet und, um rechtzeitig liefern zu können, schon jetzt angenommen.

Herrenhüte werden auf neueste Formen umgepreßt.

Riesaer Damenhut-Lager

Wettinerstr. 19.

Dr. med. Buchmann,

Gröba, Elbweg 1

erhielt

Telefonanschluß

No. 639.

Obst

kauft jeden Posten u. holt ab

A. Hecht, Glaubitz 47b.

Saftige Birnen

10 Pfund 4 und 5 M. verk.

Mothes, Mergendorf 11.

Griesbirnen

Pfd. 50 Pf.

Aepfel

Pfd. 60 u. 80 Pf.

empfiehlt

Oskar Messe,

Obermühle.

Morgen Donnerstag früh

ff. Schellfisch

ff. Seehecht.

Clemens Bürger.

Telefonisch zu erreichen durch Nr. 731.

Neue Fettheringe

sowie tägl. frisch geräucherte und marinierte

Heringe,

hochfein im Geschmack empfiehlt

Ida verw. Roßberg, Mockritz.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer ältesten Tochter **Eleonore** mit Herrn Gasthofsbesitzer **Alfred Jentsch,** Röderau, gestatten sich hierdurch anzuzeigen

Schneidermeister **Emil Heinrich** und **Frau** Hulda geb. Apitz.

Eleonore Heinrich
Alfred Jentsch
Verlobte.

Röderau, den 12. August 1920.

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“:

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: i. V.: H. Uhlemann, Riesa.

№ 185. Mittwoch, 11. August 1920, abends. 73. Jahrg.

Der Rückzug von Hythe.

Die Ententekonferenz von Hythe ist zu Ende. In Pariser amtlichen Kreisen wird die Lage als ernst betrachtet, man hält sogar, meint der offiziöse „Temps“, einen Bruch für unvermeidlich. Die bolschewistische Mission in London, die über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Sowjetrußland und den Westmächten verhandeln soll, rüstet sich angeblich zur Abreise. Die Herren Kamenetz und Krassin sollen schon ihre Koffer gepackt haben, und am Sonntag abends 8 Uhr — haarklein läßt sich das der „Temps“ melden — London verlassen. Das klingt als furchtbar kriegerisch und erschreckend bedrohlich. Merkwürdig, daß der „Temps“ heute schon wissen will, was am Sonntag, ausgerechnet um 8 Uhr abends geschieht. Die Regie, die Bolschewisten einzuschüchtern, durch Theaterdonner und mit Kolophoniumblitzen auf die Welt zu wirken, ist gar zu theatermäßig und offenkundig. Die erwünschte Wirkung dürfte sich kaum einstellen, zumal bei den Hartgesottenen und noch dazu siegreichen Bolschewisten.

Was zudem über die Beschlüsse von Hythe jetzt bekannt wird, ist erst recht nicht geeignet, den Ernst des kriegerischen Gerassels der französischen Presse zu verstärken. Im Wesentlichen laufen diese Beschlüsse auf nichts anderes hinaus als auf eine moralische Unterstützung Polens — auf eine Unterstützung durch Blockade, die nicht wirksam ist, durch Sendung von Waffen, Munition und Offizieren, die den Polen nicht mehr helfen können, durch Stärkung des Generals Wrangel, also durch eine indirekte Offensive vom Süden Rußlands aus, deren Aussichten für Polen ungemein erhebend und tröstlich sein werden, wenn sie an das traurige Schicksal der Koltschak, Judenitsch und Denekin, der Leidensgefährten des Generals Wrangel denken. Es sind nichts als faule Wechsel, die die Entente dem bedrohten Polen ausstellt. Wenn aber die Sowjetregierung die Unabhängigkeit Polens anerkennt und dessen geschichtliche Grenzen respektieren will, dann will die Entente sich auch damit begnügen und sogar auf ihre Versprechungen für Polen, auf ihre faulen Wechsel verzichten. Dann will sie die Dinge überhaupt laufen lassen. Das ist zwar ganz begreiflich, denn weder die englischen noch die französischen Arbeitermassen bekunden auch nur die geringste Lust, ihre Knochen für ein nebelhaftes Abenteuer im unwirtlichen Osten zu riskieren. Wie ist nun die tatsächliche Lage? Die Ententedrohungen mit der wirksamen Unterstützung Polens ist ein Bluff, über den Tschitscherin und seine russischen Freunde nur Hohn lachen werden. Die „Bedingungen“, die die Konferenz von Hythe den Russen übermitteln will, sind nur eine Komödie, denn erstens haben die Bolschewisten ihre Friedensbedingungen für Polen in großen Zügen schon bekannt gegeben, zweitens dürften Russen und Polen unter den gegebenen Umständen das gleiche Interesse haben, sehr schnell zu einem allgemeinen Uebereinkommen zu gelangen, wie die Beschlüsse von Hythe es wünschen, drittens dürfte auch der Veröffentlichung eines vollständigen Verhandlungsberichts nichts im Wege stehen. Das sind alles nur Förmlichkeiten, deren Erfüllung den gewandten Bolschewisten keine Kopfschmerzen bereiten wird. Die Russen haben ja ausdrücklich erklärt, daß sie die Unabhängigkeit Polens anerkennen und ihnen ja sogar günstigere Grenzen zu bewilligen bereit sind, wenn sie unter Ausschluß der Entente unmittelbar verhandeln. Diese Bedingung hat die Entente angenommen, und den Polen geraten, nach Minsk zu gehen. Die russischen oder vielmehr bolschewistischen Trauben sind der Entente zu sauer. Die Tatsache, daß die Westmächte auf ihre Teilnahme an den russisch-polnischen Friedensverhandlungen verzichten, ist der klarste Beweis ihrer militärischen und politischen Schwäche. Darüber wird auch die Sowjetregierung vollständig im Klaren sein.

Die Taktik des Entgegenkommens gegen Polen hinsichtlich der Unabhängigkeit ist gleichfalls recht durchsichtig. Die Bolschewisten rechnen damit, daß Polen, wenn die russischen Friedensbedingungen angenommen sind, ihnen als reife Frucht von selbst in den Schoß fällt, daß dort die nächste Etappe der bolschewistischen Ideen und Regierungsmethoden eingerichtet wird. Die Rechnung kann möglicherweise stimmen. Wird Polen als Ergebnis der Niederlage bolschewistisch, dann kann es den Russen in der Tat völlig gleichgültig sein, ob Polen unabhängig ist und wie die Grenze verläuft. Das Unglück Europas wäre dann ausschließlich auf die Rechnung der westlichen Staatskunst des Hasses und der Gewalt zu buchen.

Aufgedeckte Spitzelzentrale?

Aus Magdeburg wird gemeldet: In einer Mitteilung der Pressestelle des Oberpräsidiums heißt es:

Langwierigen Bemühungen ist es gelungen, hier eine **der Spitzelzentralen** festzustellen, die durch gefälschte Berichte über angeblich linksradikale Kampfpläne seit langem die Oeffentlichkeit beunruhigen. Umfangreiches Material, teils halbfertige, teils fertige Putschpläne und Putschmeldungen sind teilweise bei den Erfindern selbst beschlagnahmt worden. Die Organisation erstreckt sich über ganz Deutschland und steht mit der Organisation Escherich in innigstem Zusammenhang, mit der sie auch regelmäßig ihre „Vereinsnachrichten“ austauscht. Leiter der Spitzelzentrale in Magdeburg ist ein gewisser Altmann. Auch das Original der kürzlich von der Magdeburgischen Zeitung veröffentlichten Meldung über die Sowjetrepublik in Magdeburg stammt aus dem Altmannschen Büro und ist beschlagnahmt worden. Die Nachforschungen haben ergeben, daß sie frei erfunden ist.

Alle weiteren Maßnahmen zur Aufdeckung der gesamten Organisation sind getroffen. Näheres kann erst nach Abschluß der Ermittelungen und Sichtung des äußerst umfangreichen Materials bekanntgegeben werden.

In einer Meldung der Tel.-Union heißt es: Leiter der Spitzelzentrale in Magdeburg ist ein u. a. wegen Zuhälterei vielfach vorbestrafter früherer Militärspitzel namens Altmann, der ebenso wie einzelne andere Spitzel mit amtlichen militärischen Ausweisen versehen war. Leiter der Orgeschzentrale in Berlin ist der berüchtigte Hauptmann Jansen von der früheren Zentrale für Einwohnerwehren in Berlin.

Massenversammlungen der Unabhängigen in München.

Die unabhängigen Sozialisten hielten vorgestern unter dem Thema „Die kommende Militär-Diktatur“ zwei Massenversammlungen gegen das Entwaffnungsgesetz ab, wobei der Reichstagsabgeordnete Unterleitner die Stellungnahme seiner Partei durch die Erklärung präzisierte, die deutsche Arbeiterklasse sei in dem gegenwärtigen gewaltigen Ringen berufen, sich gerüstet zu halten, um im richtigen Augenblick eingreifen zu können.

Unterredung Dr. Simons mit Lloyd George?

Der Schweizer Aufenthalt Dr. Simons.

tu. Berlin, 11. August.

Wie in politischen Kreisen verlautet, dürfte der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, während seines Urlaubes in der Schweiz mit Lloyd George und dem italienischen Außenminister, Graf Sforza, zusammentreffen. Graf Sforza und Giolitti weilen bereits in der Schweiz. Diese Unterredungen, die schon vor einiger Zeit verabredet worden sind, dürften mit ein Grund zu der längeren Abwesenheit Simons von Berlin sein.

Am polnischen Korridor.

Patrouillen der russischen vierten Kaukasischen Reiterbrigade sollen Dienstag-Nachmittag unweit des Dorfes Bialutten, südlich von Neidenburg, den Südzipfel des Soldauer Gebietes und damit den polnischen Korridor erreicht haben.

Der polnische Heeresbericht meldet, daß die **Bolschewisten Ciechanow genommen** und damit eine der beiden Eisenbahnlinien von Danzig nach Warschau abgeschnitten haben.

Wie verschiedene Berl. Abendblätter von der ostpreußischen Grenze melden, ist es den Russen an der Nordfront gelungen, die Eisenbahn Warschau—Mlawa—Danzig zu unterbrechen. Sie rücken weiter in der Richtung auf Thorn vor, um auch die andere Eisenbahnverbindung zwischen Warschau und Danzig über Bromberg—Thorn zu unterbinden. Zwischen Ostrolenke und dem Bug haben die Polen die große Schlacht abgebrochen, nachdem ihr kurzer Widerstand bei Ostrow gebrochen worden war.

Starke russische Kräfte im Anmarsch.

Das polnische Pressebüro in Basel meldet aus Warschau, die rote Armee wird seit drei Tagen umgruppiert. Aus dem Innern Rußlands sind starke Kräfte im Anmarsch.

Die polnische Regierung soll nach Posen übersiedeln.

Der „Times“-Korrespondent in Warschau telegraphiert unter dem 8. August: Die polnische Regierung soll nach amtlichen Mitteilungen nach Posen übersiedeln. Einige Minister haben indessen geäußert, vorläufig werde die Regierung in Warschau bleiben. Der Korrespondent bemerkt, daß man im Falle ihres Weggangs die Gefahr befürchte, daß in Warschau eine neue Regierung gebildet werden könnte.

Der Verzweiflungskampf der Polen.

Aus Warschau erhält der „Corriere della Sera“ eine anschauliche Schilderung von dem Verzweiflungskampf der Polen. Danach warf nach dem Aufruf der Regierung an das Volk zum Verteidigungskampf bis aufs Messer das Kommando alle Reserven in die Schlacht. In aller Eile zusammengetrommelte Verbände ohne irgendwelche Abzeichen und blutjunge Rekruten zogen singend in den Kampf. Ein Gang an die Front genügt, um sich von der Lockerung der Verbände zu überzeugen. Man sieht Männer auf offener Straße vor Erschöpfung zusammenbrechen. Den kämpfenden Soldaten haben sich auch Frauen, Knaben und Greise mit Stöcken, Sensen und Steinen bewaffnet angeschlossen. Die Schlacht hat den Höhepunkt der Krise erreicht. Einige frisch geordnete Divisionen würden genügen, um sie zu Gunsten der Polen zu entscheiden. Auch der Gegner gibt, trotz seiner zahlenmäßigen Uebermacht, Zeichen von Schwäche und Uebermüdung von sich.

Die Entente in Verlegenheit.

Die Situation ist durch die Besprechungen von Hythe nicht klarer geworden. Die Alliierten wissen offenbar nicht recht, wie sie sich Rußland gegenüber verhalten sollen. Frankreichs Plänen und Gesinnungen würde es natürlich am meisten entsprechen, wenn Polen ausgiebig mit Waffengewalt unterstützt werden könnte. Wenn es gelingen würde, bei dieser Gelegenheit Rußland eine erhebliche Schlappe beizubringen, so waren für Frankreich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: einmal wäre die Drohung, die in der Existenz eines starken Polens für Deutschland liegt, aufrecht erhalten und verewigt, und in zweiter Linie wäre ein starker Druck auf Rußland ausgeübt in der Richtung auf die Bezahlung seiner Schulden gegenüber Frankreichs. Diese beiden Momente sind heute sichtlich die Angelpunkte der französischen Politik auf dem Festland, und im Prinzip würde wohl auch England nicht viel dagegen einzuwenden haben. In den letzten Tagen ist aber ein unerwartetes und kaum überschreitbares Hindernis entstanden, das besonders die Politik Lloyd Georges maßgebend beeinflußt. Das ist der Widerstand der Arbeiter, die den Entschluß gefaßt haben, kurzer Hand in den Generalstreik einzutreten, wenn es zu kriegerischen Maßnahmen Englands gegenüber Rußland kommen sollte. Die französischen Sozialisten, die allerdings in Frankreich nicht viel zu sagen haben, sind bereits zu ähnlichem Entschluß gelangt, und endlich fällt namentlich den Franzosen auch die Haltung der deutschen Arbeiterschaft auf die Nerven, die jeden Durchtransport von Truppen oder Kriegsmaterial durch Deutschland verweigert. Dieser letztere Umstand besonders veranlaßt die französische Presse bereits, wieder zu den üblichen Drohungen gegenüber Deutschlands, das man eines geheimen Einverständnisses mit der Sowjetregierung beschuldigt. Ein neuer Beweis für die Geistesbefassung der Franzosen, die nicht anders können, als Deutschland schlechthin verantwortlich für alles zu machen.

Französische Drohung.

Der Pariser Korrespondent des „N. R. O.“ meldet aus Paris: Wenn Deutschland nicht sofort seine geheime Verständigung mit Sowjet-Rußland gegen Polen aufgebe, werde eine äußerst kräftige Antwort Frankreichs erfolgen. Diese werde in einer ausgiebigen Demonstration mit französischen Truppen bestehen nach der Sanktion, die die Konferenz in Spa gegeben habe für den Fall, daß Deutschland am 10. November nicht die festgesetzte Menge Kohlen geliefert hat. Es ist klar, was darunter zu verstehen ist. Deutschlands Verhalten bedeute eine Sabotierung des Friedensvertrages, der den polnischen Staat gebildet hat. Würde man Deutschland zugestehen, den Friedensvertrag im Osten zu schänden, dann würde der ganze Vertrag ins Wasser fallen.

Das Ergebnis von Hythe.

wtb. Paris, 10. August.

Auf der Reise nach Paris gewährte Ministerpräsident Millerand einem Vertreter des „Echo de Paris“ eine Unterredung, in der er erklärte, er habe Lloyd George das Versprechen gegeben, über Hythe keine Mitteilungen zu machen, bevor Lloyd George nicht im Unterhause gesprochen habe. Jedoch sagte Millerand, der Vertrag von Versailles habe Polen unabhängig gemacht; das würde aufrecht erhalten werden. Er habe ferner Polen Westgrenzen gegeben, die nicht nur dem eigenen Schutze, sondern auch der Sicherheit Europas dienen sollten. Auch diese würden aufrecht erhalten werden. Zum Schluß betonte Millerand, es sei nicht die Rede davon, daß Frankreich mobilisieren werde.

wtb. Paris, 10. August.

Der Berichterstatter der Agentur Havas in Hythe meldet, die beiden Ministerpräsidenten hätten Zwangsmaßnahmen gegen Sowjetrußland gebilligt, jedoch würden diese nicht zur Anwendung gelangen, bevor den Bolschewisten die letzte Gelegenheit gegeben sei, ihre angebliche Mäßigung zu beweisen. Am Mittwoch finde in Minsk die erste Zusammenkunft der russischen und der polnischen Unterhändler statt. Wenn die Bolschewisten den Polen Bedingungen anböten, die das Gebiet Polens und seine politische Unabhängigkeit antasteten, dann werde die Haltung der Alliierten notwendigerweise davon beeinflußt werden. Als eine der Maßnahmen soll nach dem Berichterstatter die effektive Blockade Rußlands, namentlich im Baltischen Meer, in Aussicht genommen sein. Amerika und die Rußland benachbarten neutralen Staaten, wie Schweden, Norwegen und Dänemark, würden aufgefordert werden, keine Produkte, Nahrungsmittel und Munition nach Rußland zu senden. Nötigenfalls würden die Alliierten auch Deutschland zur Mitarbeit auffordern, um Rußland auch von der Landseite zu isolieren. Andere Maßnahmen sollten darin bestehen, mit Hilfe der vom ehemaligen russischen Reiche getrennten Staaten Lettland, Litauen, Kaukasien und Aserbeidschan eine Defensivfront gegen Rußland aufzurichten. Das Heer des Generals Wrangel, das von der französischen Regierung unterstützt werde, solle von England Kriegsmaterial erhalten. Ferner solle Polen Material und moralische Unterstützung von den alliierten Regierungen erhalten, damit es seine Unabhängigkeit aufrecht erhalten könne. Selbst wenn der Korridor durchschnitten würde, werde das Kriegsmaterial über die Tschecho-Slowakei befördert werden. Die Entsendung französisch-englischer Truppen nach Polen sei nicht beabsichtigt. Wenn die Sowjets im Widerspruch beharrten, würden Kamenew und Krassin aufgefordert werden, London binnen einer Woche zu verlassen. Die Konferenz habe auch einen Augenblick darüber verhandelt, ob man die Regelung des polnisch-russischen Streites dem Völkerbunde zuweisen solle, habe aber festgestellt, daß diesem noch die notwendigen Aktionsmittel fehlten und daß es so vielleicht zu einem für die Zukunft des Völkerbundes unangenehmen Mißerfolge kommen könne.

Pariser Pressestimmen.

wtb. Paris, 10. August.

Die Pariser Morgenpresse faßt das Ergebnis der Konferenz in Hythe dahin zusammen, daß man nicht kriegerisch in Polen eingreifen und die Blockade nur anwenden werde, wenn der Friede, über den in Minsk verhandelt werden solle, nicht zustande käme, daß aber Frankreich und England Polen weiter helfen wollten. „Matin“ sagt, die Blockade von Sowjetrußland sei ins Auge gefaßt worden. Aber würde sie möglich sein, wenn die Bolschewisten die Eisenbahn Danzig—Warschau besetzten, der Verkehr nach der deutschen Seite zu aber frei sei? Müsse man die Mitarbeit Deutschlands verlangen? Frankreichs Ansicht sei, daß man Deutschlands Mitarbeit auf dem Fuße der Gleichstellung nicht verlangen könne. Man müsse bedenken, daß die Sowjets Deutschland vorschlagen würden, ihm Danzig, Posen und Schlesien zurückzugeben. Dann aber sei das Gleichgewicht Europas zerstört, und Marschall Foch habe gestern abend dem Vertreter des „Matin“ in ergreifendsten Ausdrücken auseinandergesetzt, welche Aussichten sich für Frankreich ergeben würden, wenn Deutschland mit dem Menschen- und Rohstoff-Vorrat Rußlands hinter sich wieder erstünde. Millerand habe nachdrücklichst auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich Deutschland gegenüber nicht schwach zu zeigen, zugleich aber habe er sich gemäßigt über die Politik ausgesprochen, die man Deutschland gegenüber würde verfolgen können, wenn seine Regierung eine loyale Haltung bewahren und sie auch seinen Generalen, seinen Kaufleuten und seiner Presse auferlegen könnte. Die Frage der Blockade habe also auch die Frage „Deutschland“ wieder aufgerührt. Man sei dahin übereingekommen, Verhaltungsmaßnahmen später zu erwägen, wenn Deutschland sichtbar versuchen sollte, eine Vergeltung vorzubereiten. Deutschland werde überwacht, und von ihm allein werde die Haltung der Alliierten ihm gegenüber abhängen.

Saint Brice im „Journal“ sagt, in Hythe habe Englands Ansicht gesiegt, zum mindesten aber ein Kompromiß, das einer Vertagung gleichkomme.

„Petit Parisien“ schreibt, jede Entsendung alliierter Truppen nach polnischem Gebiet sei ausgeschlossen.

„Oeuvre“ meint, ein Mitarbeiter Marschall Wilsons habe gestern die Aufgabe so gestellt, man müsse Polen gegen seinen Willen, und ohne ihm Truppen zu senden, retten. Das sei nicht leicht. Die Entente sei zur Rolle des Zuschauers verurteilt, das habe man vor der Konferenz gewußt. Italien habe sich gegen die Blockade ausgesprochen, und einige russische Randstaaten würden dasselbe tun. In Hythe scheine niemand mit Ueberzeugung von militärischen Maßnahmen gesprochen zu haben. Verstärkungen durch Deutschland senden, hieße die deutsche Neutralität verletzen und Deutschland in Rußlands Arme treiben. Ueber Danzig zu marschieren, sei es zu spät. Die Nachbarländer Rußlands zur Hilfe auffordern, sei nutzlose Verzögerung. Das Blatt sagt, Ministerpräsident Millerand habe gestern bei seiner Ankunft sehr finster ausgesehen.

Amerika gegen Polen.

Die amerikanische Presse veröffentlicht ein Kommuniqué des Staatsdepartements zum russisch-polnischen Konflikt. Diese Erklärung stellt fest, daß die heutige Armee Rußlands bolschewistisch ist, denn an der Spitze der Moskauer Regierung steht Lenin. In Wirklichkeit sei es aber eine russische Armee. Der Generalstabschef ist Brussilow, der schon unter dem kaiserlichen Regime eine Rolle spielte. In seiner Umgebung befinden sich andere Generale des Zarenreiches, wie Poliwannow und Kuropatkin. Die Russen haben keine Eroberungsabsichten und man kann erwarten, daß sie die Souveränität Polens nicht antasten wollen. Die amerikanische Politik wünscht die Gebiete Rußlands zu schützen bis das russische Volk seine inneren Angelegenheiten geordnet hat.

Sie hoffe aber, daß damit die Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in Rußland beschleunigt wird. Nach „Echo de Paris" haben also die Vereinigten Staaten gegen Polen Stellung genommen.

Rußlands Ziele.

„Wak.s Maa" veröffentlicht folgendes sensationelle Interview mit einem hochgestellten Politiker Sowjet-Rußlands, der kürzlich einige Tage in Reval geweilt hat: Sowjet-Rußland habe drei Aufgaben zu lösen: 1. die endgültige Niederwerfung Polens, 2. die russischen Interessen im Osten zu wahren, wo Japan große Konzessionen gemacht werden mußten, und im Schwarzen Meer, wo Konstantinopel an Sowjetrußland fallen müsse, 3. die Ostsee-Frage zu regeln. Es sei ganz unmöglich, sich damit abzufinden, daß hier Sowjet-Rußland mit dem Willen einiger kleinen Staaten rechnen müsse. Erst dann könne Sowjet-Rußland sich sicher fühlen, wenn es an den Küsten der Ostsee frei wie im eigenen Hause walten könne, wenn die Alands-Inseln, Oesel und die übrigen Inseln in seiner Hand seien.

Keine Beteiligung Englands.

Aus London wird gemeldet: Es kann als feststehend gelten, daß von einer Teilnahme Englands am russisch-polnischen Konflikt nicht mehr die Rede sein. Die gesamte Arbeiterpartei ist gegen jede kriegerische Verwicklung und zeht in der Zusammenfassung der öffentlichen Meinung gegen jede Kriegspolitik organisatorisch voran. Massenversammlungen gegen den Krieg werden von der Arbeiterpartei veranstaltet. Ihre Tätigkeit gibt dem Ministerpräsidenten den nötigen Rückhalt, sowohl um die Kriegspolitik noch im Keime zu bekämpfen, als auch um die französischen Imperialen zur Vernunft zu bringen. — Die unabhängigen liberalen Parlamentsmitglieder haben eine Entschließung angenommen, in der sie sich gegen jede Intervention durch Truppen, Geld oder Munition aussprechen und sich an die Regierung wenden mit der Aufforderung, energische Maßnahmen zu ergreifen, um den allgemeinen Frieden wieder herzustellen.

In einer Londoner Meldung heißt es ferner: In der Tat kann keine britische Regierung sich in ein neues Kriegsabenteuer einlassen, wenn sie dazu nicht der Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft sicher ist. In England herrscht allgemein die Ansicht vor, daß es sich bei der Kriegshetze gegen Sowjet-Rußland weniger um den Schutz Polens, als um den Haß gegen den Bolschewismus handelt. Demgegenüber tritt die britische Arbeiterpartei für ein freies und unabhängiges Polen ein. Wenn sie auch in ihren politischen Ideen durchaus antibolschewistisch gesinnt sind, so wird sie doch niemals zugeben, daß ein Krieg gegen Rußland deshalb geführt wird, weil dort ein anderes Regierungssystem herrscht als in England.

Sozialistenkundgebung in Frankreich.

Die Vereinigung der Sozialisten des Saone-Departements fordert zu einer Kundgebung zum kommenden Sonnabend auf, um einen neuen Weltkrieg zu verhindern.

Hollands Stellung.

Die holländische Regierung hat auf einen Antrag in der zweiten Kammer geantwortet, sie könne keinerlei Neutralitätserklärung in dem Konflikt zwischen Polen und Rußland abgeben, da sie die Sowjetregierung nicht offiziell anerkannt habe.

Deutschland und die Ostfragen.

Zu den Ostfragen wird in der Berliner „Kreuzzeitung" ausgeführt, wie ernst die Lage für Deutschland sei. Die Gefahr liege nicht im Osten, sondern im Westen. Es wäre wünschenswert, daß unsere Radikalen mit ihren Sympathiekundgebungen für Rußland vorsichtiger zu Werke gingen, um durch Sabotage an der Neutralität der Entente keinen Vorwand zu bieten. Das liege nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse Rußlands.

Zusammentritt der Wiedergutmachungskonferenz.

Nach einer Berliner Information der „Kölnischen Zeitung" wird die Wiedergutmachungskonferenz in Genf voraussichtlich am 23. August zusammentreten.

Wenn diese Nachricht mehr ist als ein Wunsch oder eine gegenstandslose Kombination, so bedeutet sie, daß man in Verbandkreisen mit einer nahe bevorstehenden Entscheidung im Osten rechnet und auf jeden Fall Deutschland zu einem Weltkongreß nicht ohne weiteres hinzuziehen möchte. Denn wenn es zu einem Kongreß in London kommen sollte, brauchte die Wiedergutmachungsfrage doch nur dort gleichzeitig mit all den anderen Problemen behandelt zu werden. Die Anberaumung einer wichtigen Konferenz innerhalb weniger Tage gehört zu den Mitteln, durch die der Verband uns in der Furcht des Herrn halten und uns die geistige Wappnung erschweren will. Es würde ihnen gewiß gelingen, den Deutschen die Vorarbeiten zu erschweren. Reichstag und Reichswirtschaftsrat sind in die Ferien gegangen, der Reichskanzler und der Außenminister erholen sich außerhalb Berlins von den Anstrengungen und Aufregungen der Spaer Konferenz und der anschließenden Wochen. Viele Wirtschafts- und Finanzsachverständige befinden sich am Strande oder im Gebirge und sind nicht [illegible] zusammen zu stellen. Die Wiedergutmachungsfrage bedarf aber besonders eingehender Vorbereitungen, z. T. aus rein sachlichen Gründen, z. T. auch, um den Gegnern den Vorwand von Spa zu nehmen, als habe Deutschland absichtlich die Dinge im Halbdunkel gelassen, um die Entscheidungen zu verschleppen und den Friedensvertrag zu sabotieren. Selbst wenn die Nachricht vom Beginn der Genfer Konferenz in der letzten Augustwoche nicht zutreffen sollte, tun wir gut, uns auf Ueberraschungen — d. h. auf eine Einladung zu sehr nahem Termin — einzurichten. Die Ziffern, welche Reichsfinanzminister Dr. Wirth bei der Beratung des Notetats im Reichstag bekannt gab, der letzte Reichsbankausweis und das Sinken des deutschen Markkurses sind unwiderlegliches Material für die schwere finanzielle Notlage des Reiches und für die Unfähigkeit Deutschlands, den noch immer in Frankreich gehegten Milliardenhoffnungen zu entsprechen. Es gilt, dies Material zu sichten und wirkungsvoll zu gruppieren. Damit sollte ohne Zeitverlust begonnen werden.

Die Sozialisten von Aachen.

Wie der „Aachener Volksfreund" meldet, erklärt die dortige sozialistische Parteileitung unter Bezug auf die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen in einem Rundschreiben an die Wählerschaft: Nur wenige Monate und die jetzige Regierung muß uns den Platz räumen. In parlamentarischen Kreisen besteht der Wille, daß unsere Partei in die Regierung eintreten soll und dafür die Deutsche Volkspartei ausscheide. Für unser bisheriges ablehnendes Verhalten ist der Umstand maßgebend, daß die Massen erst fühlen müssen, daß sie bei der letzten Reichstagswahl eine große politische Dummheit begangen haben.

Protest des Saarlandes.

Der Bürgerrat der Stadt Saarbrücken, die Beamten- und Arbeiterschaft sowie fast sämtliche Gemeinden des Saargebietes haben bei der Regierungskommission schärfsten Protest gegen die Vergewaltigung des Saarlandes und der Saarbevölkerung erhoben.

Ein Erfolg der Wiesbadener Straßenbahner.

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Wiesbaden meldet, hat der dreitägige Proteststreik der Straßenbahn-Angestellten mit einem vollen Erfolge gegenüber der französischen Behörde sein Ende gefunden. Der französische Kommandant hat zugesagt, beim General Degoutte die Erfüllung der Forderungen zu befürworten, nämlich die französische Gerichtsbarkeit milder zu handhaben und Uebergriffe französischer Fahrgäste durch ständige Patrouillen zu verhindern.

Streikabstimmungen in Bayern.

Infolge Lohndifferenzen fand unter der Arbeiterschaft der Isarwerke in München eine Abstimmung über einen von den Berufsorganisationen zu führenden gemeinsamen Streik in der Metallindustrie statt, wobei 80 Prozent der abgegebenen Stimmen für einen allgemeinen Streik abgegeben wurden. In anderen Fabriken soll ebenfalls über einen gemeinsamen Streik nunmehr abgestimmt werden. — Der „Bayerische Courier" erfährt, es handele sich hier um eine Vorabstimmung, um die Meinung der Arbeiter für einen Generalstreik festzustellen, falls es zu einer größeren Aktion in der Entwaffnungsfrage oder zu einer Beförderung von Ententetruppen durch deutsches Gebiet auf den russisch-polnischen Kriegsschauplatz kommen würde.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Deutsche Pressewoche in Wiesbaden. Die deutsche Pressewoche hat Montag mit einer offiziellen Begrüßungssitzung im Rathaus ihren Anfang genommen. Es waren Vertreter der Behörden und der an der Kur interessierten Kreise vertreten. Die Stadtverwaltung hatte die leitenden Redakteure einer großen Anzahl führender hier nicht besonders vertretener Zeitungen zu einer Studienwoche eingeladen, damit die Herren durch eigene Eindrücke und Beobachtungen sich überzeugen können, daß Wiesbaden deutsch geblieben ist, daß es in seinem Kurbetrieb geblieben ist was es war, daß es aber dringend notwendig ist, daß der Besuch aus dem unbesetzten Deutschland wieder lebhafter einsetzt, um auch den Wiederaufbau Wiesbadens zu fördern. Man fühlt sich hier von Deutschland verlassen in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung. Es sei ein lebhafterer Besuch der Kurstadt dringend notwendig. Die Pressevertreter sollen die deutsche Oeffentlichkeit auf ihre Pflicht hinweisen, gerade das besetzte Gebiet bei Reisen und Badbesuchen mehr zu berücksichtigen.

Die Ausführung des Amnestiegesetzes. Das Reichskabinett hat sich gestern mit der Rückwirkung des Amnestiegesetzes auf die Disziplinarverfahren befaßt. Dabei kam man zu dem Ergebnis, daß das Amnestiegesetz nicht auf Disziplinarverfahren, sondern nur auf Strafverfahren Anwendung finden sollte. Andererseits war das Kabinett darüber einig, daß es dem Geist und dem Ziele des Amnestiegesetzes entspräche, eine möglichst weitgehende Beruhigung aller beteiligten Kreise herbeizuführen. Das Kabinett hat daher beschlossen, daß die Untersuchungsausschüsse sofort ihre Tätigkeit einstellen, neue Disziplinarverfahren auf Grund neuer Anzeigen nicht mehr eingeleitet, die schwebenden Verfahren mit möglichster Beschleunigung zu Ende geführt werden sollen.

Der Mittellandkanal. Der braunschweigische Landtag nahm gestern Stellung zu einer Interpellation wegen der Linienführung des Mittellandkanals. Minister Antrick erklärte in längerer Rede, daß Braunschweig in Gemeinschaft mit Sachsen, Anhalt, Oldenburg und Bremen unentwegt für die südliche Linienführung eintreten werde. Der Landtag nahm dann einstimmig eine entsprechende Entschließung an, in der u. a. Einspruch dagegen erhoben wird, daß die preußische Vorlage auf der Grundlage der sogenannten Mittellinie verfassungswidrig auf braunschweigisches Gebiet hinübergreife. Dadurch werde auch der künftigen Entschließung des Reiches über die zu wählende Kanallinie vorgegriffen. Die braunschweigische Landesversammlung erwarte, daß die Reichsregierung sich bei ihrer späteren Entschließung durch einen Beschluß der preußischen Landesversammlung in keiner Weise beeinflussen lassen werde.

Das Urteil gegen Oberleutnant Hiller aufgehoben. Laut Berliner Abendblättern hat das Reichsmilitärgericht das Urteil gegen den Oberleutnant der Reserve Hans Hiller, das wegen vorsätzlicher Mißhandlung des Gardefüsiliers Helmbake mit Todeserfolg auf zwei Jahre Gefängnis und Dienstentlassung lautete, aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an die Berufungsinstanz zurückverwiesen.

Die bayerische Landwirtschaftskammer ist in München zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten und hat Dr. Heim zu ihrem Präsidenten gewählt. Sie verlangt von der Regierung die Erhaltung der Einwohnerwehren.

Unglaubliche Lebensmittelskandale wurden, wie aus München gemeldet wird, bei der gemeinsamen Sitzung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Bayerns über den Abbau der Preise und Löhne mitgeteilt. So soll ein Berliner Regierungsmann mit Einfuhrscheinen für Datteln und Feigen gehandelt haben. Die Reichsverwertungsstelle für Fett und Oel hat Tausende von Flaschen Salatöl an die Margarine- und Seifenindustrie gewissermaßen zwangsweise weitergegeben. Die Folge ist, daß wir hohe Preise für Margarine und Seifen wahrscheinlich auf längere Zeit noch bezahlen werden müssen. Millionenverluste hat der bayrische Städtetag durch zu reichliche und zu teure Eindeckung mit Kakao erlitten, ebenso die Stadtverwaltung München, die sich auf Veranlassung der zuständigen Reichsstellen mit teurem Reis versorgte. Die Reichsgesellschaft für Fische hat einem im Fischhandel wenig bewanderten Vertreter in die nordischen Länder entsandt, um dort Einkäufe zu machen. Er sicherte sich die Beute, als die Fische noch im Wasser schwimmen und bewilligt für die entsprechenden Mengen einen Satz von 3 Kronen. Der Fang fiel außerordentlich reich aus und in Schweden selbst wurden die gleichen Fischmengen nur mit 2 Kronen bezahlt. Nordische Dampfer liefen deshalb Hamburg und Kiel an, um dort auch nichtbestellte Ware zum Preise von 3 Kronen abzusetzen. Die Reichsregierung mußte den Preis halten. Wir wurden mit teuren Fischen, die im Auslande viel billiger gekauft wurden, überschwemmt, so daß die Vorräte zum Teil verdarben. Ein landwirtschaftlicher Verband beschaffte Düngemittel. Er mußte aber 70 Prozent an die Reichsgesellschaft für Einfuhr ausländischer Phosphate abtreten. — Es muß gefordert werden, daß über alle diese Einzelheiten baldigst Aufklärung erfolgt.

Ungarn.

Judenverfolgung. Abgeordneter Ladislaus Budavary brachte gestern in der Nationalversammlung einen von fanatischer Gehässigkeit diktierten Antrag zur Lösung der Judenfrage ein. Der Antrag fordert Ausschließung von der Staatsbürgerschaft, Konfiskation der Vermögen aller seit 1914 eingewanderten Juden sowie aller derjenigen, die aus Kriegslieferungen oder aus der Kriegskonjunktur entstanden seien. Verbot jüdischer Schulen, Ausschließung der Juden von der Leitung von Unternehmungen, insbesondere von Banken und Zeitungen sowie von allen öffentlichen Stellungen wie Richteramt, Notariat und Professur. Den Juden werden alle politischen Rechte entzogen, die Juden dürfen keine christlichen Bediensteten zu persönlichen Dienstleistungen anstellen und dürfen selber nicht ausländische Unternehmungen in Ungarn vertreten. Sie dürfen Bodenbesitz weder kaufen noch pachten, und ihre Grundstücke sind noch im Laufe des Jahres 1920 vom Staat abzulösen. Der Antrag wurde, nachdem der Minister Stefan Szabo erklärt hatte, er sei in vielen Punkten mit dem Antrag nicht einverstanden, halte jedoch dafür, daß man ihn auf die Tagesordnung setzen solle, mit Stimmenmehrheit zur Behandlung angenommen. Dagegen stimmten nur 40 Abgeordnete, darunter Graf Apponyi und Graf Andrassy.

Tschechoslowakei.

Tschechisch-Teschen besetzt. Gestern wurde die Stadt Tschechisch-Teschen durch tschechoslowakische Truppen besetzt.

Australien.

Politischer Bergarbeiterstreik. Australien steht eine große Kohlenkrise bevor. Infolge passiver Resistenz der Grubenarbeiter ist die Förderung sehr zurückgegangen. Sie wollen dadurch eine Sozialisierung des Kohlenbergbaus vorbereiten. Die Kohlenvorräte der Industrien sind derart gering, daß die Bergleute glauben, es bedürfe keines allzu langen Streikes, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Die Vanderbilts.

Mit William Kissam Vanderbilt, dessen Tod aus Paris gemeldet wird, ist der letzte Vertreter der dritten Generation aus diesem Geschlecht der Dollarkönige dahingeschieden. Er war nach dem Tode seines Bruders Cornelius Vanderbilt das Haupt der Familie. Die Vanderbilts sind heute, ähnlich wie die Rothschilds eine Dynastie, deren Einfluß größer ist als der der wirklichen Könige, denn ihre Macht ist auf den wahren „Nerv der Dinge", das Geld, gegründet. Und doch ist es erst ein halbes Jahrhundert her, seit die Basis für das Riesenvermögen geschaffen wurde, über das die Familie heute verfügt. Gewöhnlich gibt man freilich als den Tag der Grundsteinlegung für den Vanderbiltschen Reichtum den 27. Mai 1816 an. An diesem Tage machte ein 16jähriger Bursche, der Sohn eines kleinen Farmers von Staten Island, seinen ersten Besuch in New York auf der neuen Fährbootlinie und kam auf den Gedanken, die Fähre zu kaufen. Er wurde dann Besitzer und Leiter verschiedener Dampfschiffrouten, und als er die große Bedeutung der Dampfschiffahrt erkannte, verkaufte er seine Segelflotte und legte sein Geld in Dampfschiffen an. Damit aber tat der Gründer der Dynastie, Cornelius Vanderbilt, noch nichts Besonderes und brachte es nur zum wohlhabenden Manne. Seine entscheidenden geschäftlichen Maßnahmen, die ihm den ungeheuren Reichtum brachten, begann er erst als Siebzigjähriger nach dem Bürgerkriege, indem er die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs klug auszunutzen verstand. Er erkannte, daß die Zukunft des amerikanischen Verkehrs nicht auf dem Wasser liege, sondern auf dem Lande, verkaufte rasch entschlossen seine Dampfschiffe und erwarb Eisenbahnlinien sowie Bahnmaterial. Seine Freunde glaubten damals, daß er nicht nur den Verstand, sondern auch sein ganzes Geld verloren habe, so sinnlos erschienen seine Spekulationen im Hinblick auf den schlechten Zustand und die Unterbilanzen der damaligen Eisenbahnen in Amerika. Vanderbilt aber kaufte in den Jahren 1868 bis 1873 alle bestehenden Linien auf, organisierte sie einheitlich und reformierte sie in großartiger Weise. Er ging dabei mit rücksichtsloser Gewalt vor, wie jener berühmte Brief beweist, den er an seine widerspenstige Eisenbahngesellschaft schrieb und der lautete: „Meine Herren! Sie haben sich vorgenommen, mich zu ärgern. Ich will nicht mit Ihnen prozessieren, denn das Gesetz ist zu langsam. Ich werde Sie ruinieren. Ihr ergebener Cornelius Vanderbilt." Und so geschah es. Den erbittertsten Kampf focht er mit der Newyorker Haupteisenbahn aus, die sich ihm nicht anschließen wollte. Er bezwang sie, indem er die Verbindung mit ihr auf allen seinen Linien abbrach und nach dem Fallen der Aktien sie aufkaufte. So wurde der ganz ungebildete Mann, der nicht einmal orthographisch schreiben konnte, zum unumschränkten Eisenbahnbeherrscher von Chikago und Newyork, und als er 1877 starb, hinterließ er ein Vermögen von 105 Millionen Dollar. Da er das von ihm erworbene Vermögen, ähnlich wie es die Rothschilds getan hatten, möglichst in einer Hand erhalten wollte, vermachte er den größten Teil, etwa 90 Millionen, seinem Sohn William, während die zahlreichen Töchter mit dem Pflichtteil abgefunden wurden.

War Cornelius der Begründer der Vanderbiltschen Reichtümer, so ist William in den acht Jahren, die er seine Millionen verwaltete, zum Mehrer und Befestiger des „Glücks" der Vanderbilt geworden. Auch er war eine Herrschernatur, die keine Rücksichten kannte; er wählte mit unfehlbarer Menschenkenntnis seine Mitarbeiter aus, und als er 1885 mit 58 Jahren starb, hatte er das väterliche Vermögen verdoppelt. Man schätzte es nun auf 160 bis 180 Millionen Dollar. Er hatte schwer an der Last und Verantwortung getragen, die der Besitz solcher Riesensummen dem Menschen auferlegt; er bestimmte daher in seinem Testament, daß sein Vermögen geteilt würde, weil er es nicht verschulden wollte, „das Leben eines meiner Söhne gewaltsam abzukürzen." Sein ältester Sohn Cornelius erhielt etwa 100 Millionen Dollar; der zweite William K., der jetzt gestorben ist, zwischen 60 und 80 Millionen Dollar. Aber auch Cornelius, der die Hauptleitung der Geschäfte übernahm, entging nicht dem Schicksal, vor dem ihn der Vater bewahren wollte. Er starb 56jährig an einem Schlaganfall, nachdem er bereits vorher die Eisenbahnherrschaft an Pierpont Morgan hatte abtreten können. Nach seinem Tode begann die Zersplitterung seines Riesenvermögens, das sich nun auf mehrere seiner Kinder verteilte. William K., der dem Bruder als nominelles Haupt des Geschäftshauses folgte, hatte sich bereits vorher zurückgezogen und „begnügte sich" mit den 100 Millionen Dollar, die er besaß. Er hat im ruhigen Genuß seines Vermögens ein viel höheres Alter erreicht als Vater und Bruder. Er erreichte es, daß der „Geldadel" der Vanderbilts auch von dem Geburtsadel anerkannt wurde, indem seine Tochter Consuelo Herzogin von Marlborough wurde. Man schätzte das Vermögen der Vanderbilts vor dem Kriege auf eine halbe Milliarde Dollar. Da es zum größten Teil in Anlagen besteht, deren Wert sich während des Krieges sehr erhöht hat, so ist es nun zu einem wirklichen Milliarden-Vermögen geworden.

Kunst und Wissenschaft.

Grabungen in deutschen Kirchen. Wichtige neue Funde zur Kenntnis einiger bedeutender deutscher Kirchen sind in letzter Zeit gewonnen worden, wie Ohle in der „Kunstchronik" mitteilt. Ausgrabungen im Chor der Benediktiner-Klosterkirche zu Erfurt führten zu dem Resultat, daß die ursprüngliche Anlage dieses ältesten Baues der Hirsauer Schule in Thüringen festgestellt wurde. Während man bisher geleugnet hatte, daß eine Apside vorhanden oder beabsichtigt gewesen sei, fanden sich bei den Nachgrabungen im nördlichen Nebenchor noch Steine des Fundamentes der Apsis und zahlreiche andere Steine mit dem Sockelprofil. Am Dom in Magdeburg gelang es durch die Grabungen von Professor Meyer, die Lage und Grundrißgestaltung der alten ottonischen „Taufkirche", der Nikolaikapelle, zu ermitteln, die am Anfang des 14. Jahrhunderts der Westfront des Domes weichen mußte. In Gerbstedt am Harz werden Nachgrabungen an der Stelle der ehemaligen Klosterkirche vorgenommen, die bis auf ganz geringe Reste zerstört ist und aus der bereits früher wichtige Stuckreste zutage gefördert worden sind.

SLUB
Wir führen Wissen.